

Willkommen Zukunft.
Berlin bleibt doch Berlin.

Wahlprogramm '99

A 00 - 00491

Berlin **SPD**

SPD Berlin

Müllerstr. 163

13353 Berlin

Telefon: 4692 - 0

Fax: 4692 164

E-Mail: spd@spd-berlin.de

Die Berliner SPD im Internet:

<http://www.spd-berlin.de>



Willkommen Zukunft

Berlin bleibt doch Berlin

**Das Wahlprogramm der Berliner SPD für die
Abgeordnetenhauswahlen am 10. Oktober 1999**

**Beschlossen auf dem SPD-Landesparteitag
am 3. Juli 1999 im ICC Berlin**

A 00 - 00491





Vorwort

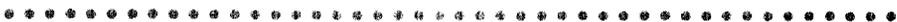
Willkommen Zukunft Berlin bleibt doch Berlin

Während der letzten 9 Jahre hat Berlin einen enormen Wandlungsprozeß durchlaufen, der bislang noch nicht abgeschlossen ist. Die gewaltigen Investitionen - von der Sanierung der Plattenbauten bis zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, von der Telekommunikation bis zum Aufbau neuer Energieversorgungssysteme -, die Modernisierung der Verwaltung, die geo-

politische Lage und der Umzug von Regierung und Bundestag schaffen hervorragende Voraussetzungen für die Entwicklung der Hauptstadt. Aus zwei Hälften ist eine Stadt geworden, die mit anderen europäischen Metropolen konkurrieren kann. Das ist auch ein Erfolg der Berliner SPD und vor allem ein Verdienst der Berlinerinnen und Berliner. Ihre Kraft, ihre Geduld und ihr Engagement haben dies möglich gemacht.

Die Berliner SPD will die Zukunft Berlins gestalten. Die Chancen sind da - wir wollen sie anpacken. Dabei soll Berlin sich selber treu bleiben. Wir wollen die Metropole entwickeln und den Kiez, den liebenswerten, einmaligen Charakter dieser Stadt bewahren. Willy Brandt hat schon gesagt: „Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muß verändern, was der Erneuerung bedarf.“ Metropole und Kiez, das ist unser Berlin. Wir wollen eine Politik für die Berlinerinnen und Berliner gestalten, die Zukunft anpacken und nicht verwalten. Das heißt, eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Förderung junger Menschen durch Investitionen in die Köpfe, eine aktive Forschungs- und Technologiepolitik und die Stadt sozial entwickeln - in diesem Sinne: **Willkommen Zukunft. Berlin bleibt doch Berlin.**

Berlin muß jetzt seine Chancen nutzen. Die Hauptstadt ist das einzige Bundesland mit negativem Wirtschaftswachstum. Das ist ein Alarmsignal. Der CDU ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, das Werden der Hauptstadt Berlins positiv zu nutzen. Die Arbeitslosigkeit breitet sich immer mehr aus, viele Berlinerinnen und Berliner



haben Angst vor der Zukunft. Die Hauptstadt braucht eine Politik, die die Probleme der Menschen wieder ernst nimmt. Sie braucht eine Politik, die Impulse gibt, den Aufbruch steuert und Visionen formuliert. Berlin ist reif für den Politikwechsel. Die Berliner SPD hat für den 10. Oktober ein klares Wahlziel: Wir wollen stärkste Partei werden. Wir wollen, daß in dieser Stadt wieder für die Berlinerinnen und Berliner Politik gemacht wird. Oberstes Ziel unserer Politik ist, den Menschen in dieser Stadt eine sichere Zukunft zu geben.

Wir machen Berlin fit für die Zukunft. Unsere Kernthemen sind die Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die soziale Stadtentwicklung und die Bildungspolitik. Wir wollen in Berlin wieder eine wirtschaftliche Dynamik in Gang setzen. Wir wollen den Standort wieder attraktiv machen. Die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ist für die Berliner SPD das wichtigste Ziel. Innovation und Modernisierung sind die Schlüsselbegriffe für den Erfolg unserer Politik. Wirtschaft und Verwaltung müssen sich den neuen Wettbewerbsbedingungen, den neuen Herausforderungen der Globalisierung und Europäisierung stellen. Nur so können zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Berliner SPD will die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg stärken und weiter intensivieren. Beide Länder sind eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion. Die gemeinsame Landesplanung ist auszubauen. Im internationalen Wettbewerb haben wir nur als Region eine Chance. Die Berliner SPD ist weiterhin für eine Fusion der beiden Länder. Bedingung für einen neuen Anlauf zur Fusion ist aber, daß die Bevölkerung in beiden Ländern diesen Weg als richtig erkennt.

Uns ist bewußt, daß der Prozeß in vielen Bereichen mit tiefen Einschnitten verbunden ist. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen soziale Ausgrenzung in der Stadt, Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung, die Gleichstellung von Frauen und Männern und der gleichberechtigte Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt sind daher für die Berliner SPD von zentraler Bedeutung.

Mit dem Sofortprogramm für 100.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche bis 25 Jahren ("Jump"), mit der Wiederherstellung des vollen Kündigungsschutzes und der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und auch mit der Neuauflage des Bündnisses für Arbeit hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sofort gezeigt, daß sie sich ihren Wahlaussagen verpflichtet fühlt. Mit dem 100.000er-Programm „Jump“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat sie schnell und wirksam Hilfe geleistet. Die SPD in Berlin wird sich für die Fortführung dieses Programms einsetzen.



Berlin braucht wieder ein aktive Wirtschafts- und Technologiepolitik. Für die Hauptstadt bedeutet dies, das industrielle Standbein und die gewerbliche Basis der Stadt zu erhalten und zu stärken. Die Förderung der Ansiedlung ist das zweite Standbein sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Berlin braucht Existenzgründer und innovative junge Unternehmen. Noch immer ist die Ansiedlungspolitik in Berlin nicht zentral organisiert. Noch immer arbeiten zahlreiche Instanzen in der Stadt am gleichen Problem. Berlin schreckt seine Investoren ab. Hier muß schneller und unbürokratischer gehandelt werden. Wirtschaftspolitik ist Chefsache. In vielen Bundesländern wie in Nordrhein-Westfalen, in Brandenburg oder auch in Bayern wirbt der Regierungschef selbst um jedes Unternehmen, das sich in seinem Land ansiedeln will. So muß auch in der Hauptstadt regiert werden.

Drittes Standbein ist die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen. Heute liegt die Selbständigenquote in der Stadt höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Die Berliner SPD legt großen Wert auf die Förderung von Existenzgründungen. Wir setzen uns dafür ein, daß Risiko und Eigenverantwortung, die Unternehmensgründungen begleiten, in Zukunft in größerem Umfang als bisher abgesichert und gefördert werden.

Ein wichtiger Baustein ist darüber hinaus, die wirtschaftliche Entwicklung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen. Öffentlich geförderte Fortbildung, Strukturanpassung und Arbeitsbeschaffung haben weiterhin ihren Platz. Wir brauchen neue Impulse für ein regionales Bündnis für Arbeit. Walter Momper als Regierender Bürgermeister von Berlin wird sich verantwortlich für ein Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung einsetzen. Neben flexibleren Arbeitszeitmodellen zielt eine Reform auf beweglichere Lebensarbeitszeiten mit fließenden Übergängen zwischen Arbeit einerseits und Bildung, Nichterwerbstätigkeit und Ruhestand andererseits.

Die Berliner SPD will Chancengleichheit für alle - unabhängig von sozialer, religiöser und regionaler Herkunft. Gute Bildung und gute Ausbildung sind der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, das zeigt auch die Entwicklung in Berlin in den letzten Jahren. Trotz hoher Arbeitslosigkeit ist die Anzahl der qualifizierten Arbeitsplätze gestiegen.



„Vierradantrieb“ für die SPD: Der SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder, Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing, SPD-Spitzenkandidat Walter Momper und der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Böger.

Foto: Glaser

Wir wollen eine saubere Stadt, in der sich die Berlinerinnen und Berlin wohl und sicher fühlen. Soziale Stadtentwicklung heißt, durch gezieltes Quartiersmanagement in den sozialen Brennpunkten der Stadt den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Genauso heißt es aber auch, sozial intakte Gebiete dabei nicht außen vor zu lassen. Auch die Berliner Innerstadt muß für Normalbürger noch bezahlbar und lebenswert bleiben. Die Stadt hat die Chance, sich zur Modellstadt für die Bewältigung sozialer Herausforderungen zu entwickeln. Innovativ und sozial - das ist unsere Lösung für die Zukunft Berlins.

Berlin - europäische Metropole in der einen Welt

Die Berliner SPD wird der Tatsache Rechnung tragen, daß Berlin in Zukunft verstärkt Bühne internationaler Politik sein wird. Berlin als Zentrum der friedlichen Revolution von 1989 steht auch in der internationalen Politik für den friedlichen Wandel, für die

gewaltfreie Umsetzung notwendiger Strukturveränderungen, für den Vorrang von Konfliktprävention und Kooperation vor der Schadensregulierung in internationalen Konfliktfällen.

Freiheit, Frieden und Wohlstand können in einer immer stärker verflochtenen Welt nicht neben dem Elend der Nachbarn und in einer global gefährdeten Umwelt bestehen. Die Berliner SPD wird daher die Ressourcen der Stadt nutzen, um die europäische Einigung, eine „nachhaltige Entwicklung“ und Frieden und Sicherheit in der „einen Welt“ zu fördern.

Wir werden dafür sorgen, daß Berlin weiterhin Motor der Vertiefung der Ost-West-Beziehungen und Mittler zwischen Nord und Süd bleibt.

Die Chancen der EU-Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten müssen genutzt, die Folgen der intensiveren Kooperation mit diesen Staaten vor allem für den Berliner Arbeitsmarkt sozialverträglich reguliert werden.

Die SPD wird den Nord-Süd-Standort Berlin ausbauen. Sie setzt sich dafür ein, daß die finanziellen Leistungen des Senats für entwicklungspolitische Maßnahmen schrittweise erhöht werden. Sie unterstützt die Einrichtung eines Nord-Süd-Zentrums am bisherigen Sitz der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE). Die Landesentwicklungspolitik wird als integraler Bestandteil von Agenda-21-Prozessen auf der Ebene der Bezirke und der Gesamtstadt behandelt. Schwerpunkte der Landesentwicklungspolitik bilden weiterhin die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Die erfolgreiche Kooperation im Bildungsbereich mit dem DED wird fortgesetzt.

Keine Alternative zur Haushaltskonsolidierung

Die finanzielle Situation des Landes Berlin wird auch in den nächsten Jahren eine konsequente Konsolidierungspolitik erfordern. Ziel muß es sein, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Wir können unsere heutigen Probleme nicht zu Lasten zukünftiger Generationen lösen. Deshalb muß der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung und der Abbau der Nettokreditaufnahme fortgesetzt werden. Berlin muß seine eigene Finanzkraft stärken. Dies kann nur durch eine erfolgreiche Verbindung von Finanzpolitik mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik geschehen. Hier sind die finanziellen Ressourcen vorrangig und gezielt einzusetzen.

Dennoch ist Berlin weiterhin auf Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs angewiesen. Die insbesondere von Bayern angestrebte Veränderung des bisherigen Systems stellt eine Aufkündigung der Solidarität mit den neuen Ländern dar und würde das Land Berlin hart treffen. Neue Regelungen zu Lasten Berlins und der neuen Bundesländer wird die SPD deshalb nicht akzeptieren.

Berlin wird sich einer grundlegenden Diskussion über die Neuordnung des Finanzsystems der Bundesrepublik nicht verschließen. Die Sanierung des Bundeshaushalts zu Lasten der Länder und Gemeinden kann aber nicht die Lösung der Probleme sein. Die Leistungsangebote für die Bürger müssen im Mittelpunkt jeder Erörterung stehen. Dafür müssen die Länder und Kommunen die ausreichenden Finanzausstattungen erhalten.

Auf Berlin wird im Rahmen seiner neuen Hauptstadtfunction eine Fülle von zusätzlichen Aufgaben zukommen. Dazu gehören vor allen Dingen die Sicherung der vielfältigen kulturellen Einrichtungen und die Sicherheitsbelange. Die Finanzierung dieser Aufgaben kann das Land allein nicht übernehmen. Hier ist der Bund gefordert, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Die Verhandlungen über einen neuen Hauptstadtvvertrag müssen die finanziellen Auswirkungen berücksichtigen.

Die Berliner SPD hat in den letzten Jahren bewiesen, daß eine konsequente Konsolidierungspolitik zu schrittweisen Erfolgen führt. Wir werden diesen Weg weitergehen.

Bürgernahe, effektive und kostengünstige Verwaltung

Wir Sozialdemokraten haben die umfassende Reform der Berliner Verwaltung in der laufenden Wahlperiode entscheidend vorangebracht. Die von der SPD durchgesetzten Verfassungsänderungen und umfangreichen Gesetze

- zur Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung und zur massiven Verlagerung von Aufgaben aus der Hauptverwaltung in die Bezirke,
- zur inneren Reform der Verwaltung mit strikter Dezentralisierung und eigener Ergebnisverantwortung

haben die Voraussetzungen für eine bürger- und dienstleistungsorientierte öffentliche Verwaltung geschaffen, die es zu vollenden gilt.

In der kommenden Wahlperiode wird die SPD diesen Weg konsequent weiterverfolgen und die Kunden- und Bürgerorientierung verbessern. Der nachhaltige Einsatz

.....

betriebswirtschaftlicher Instrumente muß mehr Transparenz in das Verwaltungshandeln und dessen Kosten bringen. Er liefert konkrete Entscheidungshilfen für Politik und Behördenleitungen, aber auch für die Mitarbeiter und ihre Vertretungen. Die Mitarbeiter haben Anspruch auf ein modernes Arbeitsumfeld. Daher setzen wir uns für eine Reform des öffentlichen Dienstrechts, der Ausbildung und Ausbildungsstätten ein.

Ein Informationsfreiheitsgesetz soll wie im Land Brandenburg erstmalig den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich Einsicht in wesentliche Akten und Daten der Verwaltung eröffnen.

Die Berlinerinnen und Berliner müssen einen besseren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erhalten. Wir wollen in allen Berliner Bezirken die Zahl der Bürgerbüros/Bürgerämter wesentlich erhöhen und ihre Aufgaben und die technische Ausstattung so gestalten, daß möglichst viele Bürgerangelegenheiten dort abschließend und in einer Hand bearbeitet werden können. Dazu müssen die Meldestellen-Angelegenheiten konsequent aus dem Landeseinwohneramt in die Bezirke verlagert und in kiezbezogenen Bürgerbüros gemeinsam mit den übrigen bürgerorientierten Dienstleistungen ortsnah angeboten werden.

Generell gilt für die SPD der Grundsatz: Nicht der Bürger geht zur Verwaltung, sondern die Verwaltung kommt zum Bürger!

Deshalb wollen wir auch den multimedialen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen dadurch gewährleisten, daß die Bürgerinnen und Bürger neue Kommunikations- und Informationsmedien nutzen können. Dazu muß sowohl die umfassende telefonische Erreichbarkeit als auch der elektronische Zugang, z.B. über das Internet, verbessert werden.

Wir wollen, daß neue Wege der Bürgerbeteiligungen an Verwaltungs- und Planungsprozessen beschritten werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in ihrem Bezirk, ihrem Ortsteil, ihrem Kiez an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen beteiligen können. Sie sollen die Fragen ihrer unmittelbaren Lebensumstände wie Verkehr, Grünanlagen, Freizeit- und Kulturangebote politisch mitgestalten. Wir werden allerdings darauf achten, daß bei der Berücksichtigung vieler Einzelinteressen das Gemeinwohl gewahrt bleibt.

Bei allem orientieren wir uns auch am Leitbild der neuen Bundesregierung zum aktivierenden Staat. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine öffentliche Verwaltung, die ihnen in den Bezirken Heimat, ein stabiles soziales Umfeld und unmittelbar erleb-

.....
bare demokratische Gestaltungsmöglichkeiten bietet.

Für die Berliner Verwaltung fordert die SPD, umgehend auch in der Hauptverwaltung alle betriebswirtschaftlichen Instrumente, besonders für die „Ministerialaufgaben“, und überall ergebnisorientierte Haushalts“budgets“ einzuführen. Ohne fundierte Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung darf es keine von oben verordnete Ausgliederung geben, vor allem keine Aushöhlung der gerade erst durch Verfassungsänderung gestärkten bezirklichen Selbstverwaltung.

Der Schwerpunkt der Verwaltungsreform muß in der nächsten Wahlperiode darin liegen, systematisch die einzelnen

- öffentlichen Aufgaben einer kritischen Bewertung,
- Verwaltungsabläufe einer ablaufkritischen Bewertung (Prozeßoptimierung)

zu unterziehen. Zusammen damit müssen viele überflüssige, nur hinderliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften zurückgeschnitten werden. Wo immer möglich sollen in der Berliner Verwaltung Vereinbarungen an die Stelle von reglementierenden Vorschriften treten. Zum umfassenden Vorschriftenabbau wird unmittelbar nach der Regierungsbildung eine Expertenkommission eingerichtet.

Die erfolgreiche Fortsetzung der grundlegenden Modernisierung der Berliner Verwaltung ist nur gemeinsam mit den Mitarbeitern und ihren Vertretungen möglich. Mit der SPD wird es daher wie bisher keine betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Dienst geben. Gleichwohl wird die Berliner Verwaltung einem weiteren Veränderungsprozeß unterzogen, der ein hohes Maß an Flexibilität erfordert. Dazu gehören innovative Arbeitszeitmodelle, aber auch eine weitere Verschlinkung überdimensionierter Verwaltungen. In der nächsten Phase der Verwaltungsreform wird es auch darauf ankommen, Hierarchien in der Verwaltung zu beseitigen, durch moderne Methoden des Projektmanagements zu ersetzen und die Eigenverantwortung der Beschäftigten zu stärken. Das Dienst- und Tarifrecht muß dahingehend modernisiert werden, daß Leistungskomponenten für die Beschäftigten eingeführt werden.

Die Verkleinerung des Senats auf höchstens 9 Mitglieder in der kommenden Wahlperiode muß auch einen spürbaren Niederschlag in der Verringerung der Mitarbeiterzahlen in den Ministerialbereichen finden. Jedem Senator und jeder Senatorin soll in der Regel nur ein Staatssekretär als Verwaltungschef zugeordnet sein.

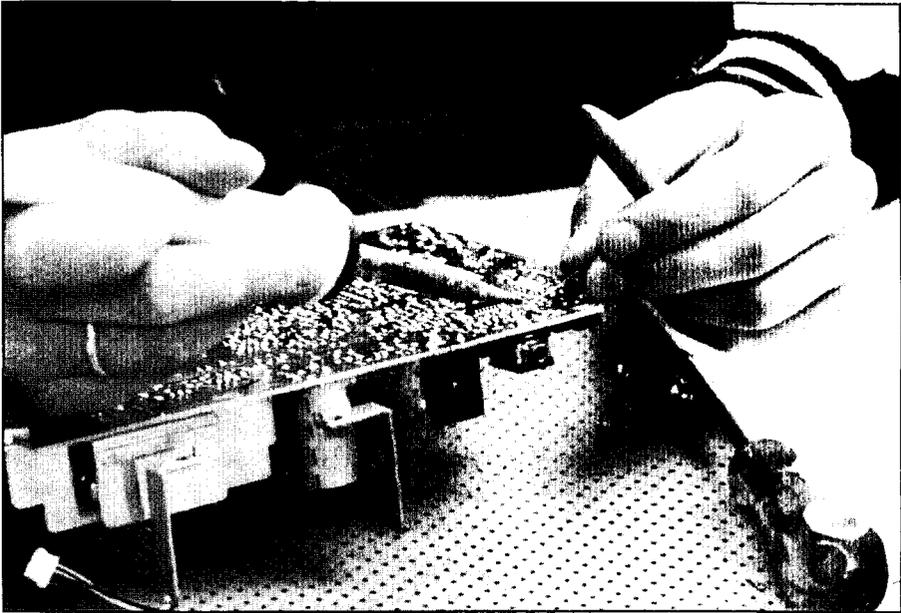
Für die Leitungen von Senats- und Bezirksverwaltungen und für andere Führungskräfte auf Zeit fordert die SPD statt der bisherigen unbefriedigenden beamtenrechtli-

.....

chen Regelungen ein Landesgesetz für ein „öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis eigener Art“, das Privilegien beseitigt. Insgesamt soll die Zahl der Beamtenstellen deutlich verringert werden. Sie sollen grundsätzlich nur noch für den engeren hoheitlichen Bereich (vor allem Polizei, Justiz, Steuerverwaltung) vorgesehen bleiben. Angesichts erschwerter Lebensverläufe im Osten muß besonders in diesen Übergangsjahren größtmögliche Flexibilität dadurch sichergestellt bleiben, daß Stellen allein nach der Leistungsstärke sowohl mit Beamten als auch mit Angestellten besetzt werden können.

Die SPD sagt nachdrücklich ja zum öffentlichen Dienst und zu seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie will aber mehr Bürgernähe, Flexibilität, Transparenz und Modernität verwirklichen - zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und auch im wohlverstandenen Interesse des öffentlichen Dienstes.

Die Bezirksämter müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die durch die bürger-nahe Betreuung auf sie zukommenden Aufgaben mit hoher Qualität zu erfüllen. Bei Aufgabenverlagerung müssen die entsprechenden Mittel (die personellen und finanziellen Ressourcen) mit übertragen werden.



Wirtschaft, Technologie und Innovation

Berlin muß seine Beschäftigungschancen nutzen

Berlin braucht mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, die soziale Entwicklung der Stadt und konsolidierte Finanzen des Landes. Wir setzen auf die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und wollen die Wachstumsmöglichkeiten der Berliner Wirtschaft nachhaltig freisetzen. Das Zusammenwirken von marktwirtschaftlichem Wettbewerb und sozialer Stabilität schafft die Grundlage für eine florierende Berliner Wirtschaft.

Unsere Antwort auf Globalisierung und Europäisierung heißt Modernität und Innovationsgeist in der Region. Nur als kompetent auftretendes Netzwerk von Produzenten und Dienstleistern kann die Berliner Wirtschaft im Wettbewerb der Regionen bestehen. Wir müssen produktiver und besser sein als unsere Konkurrenten. Spitzenprodukte und Spitzenqualität zu wettbewerbsfähigen Preisen, darin liegt die Zukunft der

.....

stungen der Schulen und Einrichtungen und viele andere Aufgaben werden vernachlässigt und sind zunehmend eine Belastung für die Stadt und ihre Menschen. Wir werden daher zusammen mit der Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß mehr Arbeitsplätze im Bereich der einfachen und mittleren Dienstleistungen geschaffen werden.

Nicht im Gegensatz dazu steht, daß es in einem SPD-geführten Senat eine neue Hinwendung zu Industrie und Handwerk in der Stadt geben wird. Industrie und Handwerk müssen sich ihrerseits den Herausforderungen von Innovation, höherer Qualifikation und mehr produktionsorientierter Dienstleistung stellen. Wir werden eine aktive Bestandspflege und eine aktive Beschäftigungssicherung betreiben. Innovation, Kunden- und Absatzorientierung, die Vernetzung in der Region erhalten einen deutlich höheren Stellenwert als bisher. Ansiedlungspolitik wird beschleunigt und in einer Hand zusammengefaßt. Sie wird Chefsache des Regierenden Bürgermeisters. Andere Länder wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen zeigen, daß eine aktive und zentral verantwortete Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik erfolgreich ist. Wir werden mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen regelmäßig Gespräche führen, um alle Chancen für die Sicherung der Berliner Unternehmen und die Ansiedlung neue Unternehmen zu nutzen.

Wir wollen die Investitionsbank Berlin zu einer Landesstrukturbank ausbauen, damit Wirtschaftsförderung aus einer Hand stattfinden kann und Investoren eine zentrale Anlaufstelle haben. Dabei wird die Investitionsbank in ihren Strukturen unabhängiger, flexibler und risikofreudiger agieren müssen. Ihre vorrangige Aufgabe wird darin bestehen, Unternehmen zu unterstützen und Existenzgründer durch flexiblen Einsatz von Chancenkaptal zu fördern. Berlin braucht eine professionelle Investorenleitstelle, wie es in anderen Metropolen bereits längst üblich ist.

Die künftige Rolle der Landesentwicklungsgesellschaft muß unter der Zielsetzung einer aktiveren Ansiedlungspolitik neu definiert werden. Sie muß ein Instrument der Stadtentwicklung und Gewerbeförderung sein, damit Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen entwickelte Gebiete vorfinden, die günstig Investitionen ermöglichen und deren Ansiedlung in der Stadt sichern.

Die Berliner SPD wird eine Offensive zur Ansiedlung von Industrie, Handwerk sowie Dienstleistungs- und Technologieunternehmen starten. Wir brauchen ein intensives lokales und regionales Standortmanagement mit den Unternehmen und den Bézirken. Wir brauchen eine viel aktivere Nutzung der Vorteile, die sich aus den Technologieschwerpunkten wie Berlin-Adlershof oder Berlin-Buch, der Verkehrstechnologie und anderen Technologiekompetenzen für die regionale Wirtschaft und das Gewerbe ergeben.

.....

Die Rolle der zukünftig zwölf Bezirke in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muß gestärkt werden. Viele Funktionen, die bisher bei den Hauptverwaltungen lagen, können dezentraler und entscheidungsnäher von den Bezirken wahrgenommen werden. Die lokale und regionale Ökonomie erhält einen höheren Stellenwert mit dem Ziel, mehr Beschäftigung und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Berlin muß seine vorhandenen wirtschaftlichen Potentiale nutzen und das wirtschaftliche Wachstum beschleunigen, ohne daß die ökologischen Belastungen der Stadt größer werden. Energieeinsparung und die rationale Nutzung vorhandener Ressourcen können uns noch viele Reserven erschließen. Eine verbraucherorientierte Politik vor allem auch der ehemaligen und jetzigen Eigenbetriebe muß zum Wohl der Stadt weiterentwickelt werden. Deshalb sagen wir Sozialdemokraten: Wir haben günstige wirtschaftliche Perspektiven. Nutzen wir diese erfolgreicher und dynamischer als bisher.

Berlin braucht eine aktive Technologie- und Wettbewerbspolitik

Im Zentrum der regionalen Wirtschaftspolitik muß eine auf Beschäftigung und Bewältigung des Strukturwandels gerichtete Technologie- und Innovationspolitik stehen. Ihr kommt - neben der Rolle Berlins als größtem Wissenschaftsstandort Deutschlands - eine Schlüsselrolle zu. Ziel ist es, die Berliner Forschungs- und Technologieschwerpunkte zu international konkurrenzfähigen Kompetenzzentren auszubauen, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung in der Region stärker zu vernetzen sowie bessere Rahmenbedingungen für die Neu- und Ausgründung von Unternehmen zu schaffen.

Das notwendige integrierte strukturpolitische Konzept des Landes unter Einbeziehung der Region steht erst am Anfang. Das liegt an den zersplitterten Zuständigkeiten und der unzureichenden politischen Gestaltung von strukturellen Wandlungsprozessen. In Berlin fehlen sowohl verbindliche forschungspolitische Konzeptionen als auch die hierfür erforderlichen Steuerungsinstrumente. Die Modernisierung der Verwaltung und die Zusammenführung von Ressorts muß in der nächsten Legislaturperiode zur Aufhebung der Doppelzuständigkeiten im Bereich der Wirtschafts-, Technologie-, und Wissenschaftspolitik führen.

Die Stärken Berlins in Forschung und Entwicklung - Biotechnologie, Verkehrstechnologie, Informations- und Kommunikations-Technologien, Material- und Werkstoffforschung, Umwelttechnik - müssen für mehr Beschäftigung genutzt werden. Die Weiterentwicklung dieser Schwerpunkte zu international konkurrenzfähigen Kompetenzzentren muß das Kernstück Berliner Innovationspolitik werden.

.....

Vorrangiges Ziel der Berliner Wirtschafts- und Technologiepolitik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen zu stärken. Innovative Unternehmen brauchen den politischen Rahmen, in dem sie sich entwickeln können. Die Politik hat die Aufgabe, die Akteure in strategischen Allianzen zusammenzuführen.

Die Fertigstellung der Innovationszentren und Technologieparks hat Priorität. Voraussetzung ist dafür ein handlungsfähiges und schlagkräftiges Innovationsmanagement. Es ist in ein Rahmenkonzept des Landes einzubinden und auf eine intensivierete Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen abzustellen.

Die Schaffung einer wirtschaftsnahen und wettbewerbsfähigen Infrastruktur ist eng verzahnt mit der regionalen Wirtschaftsförderung. Finanzielle Mittel, die Berlin im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) erhält, werden in erheblichem Umfang für den Aufbau und die Modernisierung der regionalen, wirtschaftsnahen Infrastruktur ausgegeben. Deshalb ist eine Bündelung der immer noch zahlreichen Förderprogramme im Rahmen der Investitionsbank systematischer weiterzuführen.

Die Berliner SPD wird einen Innovations- und Zukunftsfonds aus dem Verkaufserlös der Wasserbetriebe schaffen. Mit diesem Fonds soll eine Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft herbeigeführt werden, die zu Innovation und Beschäftigung führt. Auch künftige Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen sollen zu einem Teil in Zukunftsaufgaben investiert werden.

Neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze entstehen dort, wo neue Technologien in neue Produkte und neue Märkte umgesetzt werden und wo sich Wachstumsmärkte für spezialisierte Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Die bisherige Berliner Wirtschaftspolitik hat trotz zahlreicher öffentlicher Kampagnen hierauf nur unzureichend reagiert. Noch immer gehen lediglich zwei bis vier Prozent der Fördermittel in kleine und mittlere Unternehmen, obwohl hier die größten innovativen Defizite und hohe Beschäftigungschancen liegen. Es bedarf dringend einer einheitlichen Steuer-, Finanz- und Förderpolitik zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. Ein Schwerpunkt muß dabei auf die technologie- und dienstleistungsorientierten Unternehmen gesetzt werden. Hier liegen die größten Wachstumschancen für Berlin.

Die technologieorientierte Existenzgründungspolitik muß sich vor allem an die Studierenden der Hoch- und Fachhochschulen wenden. Insbesondere den Studierenden der Naturwissenschaften und der technischen Fächer müssen frühzeitig betriebswirtschaftliches Grundwissen und unternehmerisches Handeln vermittelt werden. Die Hochschuleinrichtungen, Gründerzentren und Unternehmen sollten intensiver als

.....
bisher kooperieren. Betriebspraktika sollten angeboten und Patenschaften übernommen werden.

Sozial gestaltete Innovationspolitik mit den Menschen

Know-how, Selbstbewußtsein und Kreativität der Menschen sind der Schlüssel, um aus neuen Technologien und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erfolgreiche Innovationen im Unternehmen zu gestalten. Technologie- und Innovationspolitik braucht daher eine auf Persönlichkeitsentwicklung, Beteiligung, Weiterbildung und Mitbestimmung angelegte Unternehmenskultur. Dazu zählen gewerkschaftliche Interessenvertretungen und Mitbestimmungspolitik ebenso wie zukunftsorientierte Managementkonzepte, die auf die Beteiligung der Belegschaften und die Unternehmensentwicklung ausgerichtet sind. Technologie- und Innovationspolitik, die die Schlüsselrolle des Menschen im Arbeitsprozeß nicht erkennt und fördert, wird ihre Ziele nicht erreichen können. Das zählt für die innerbetriebliche Entwicklung ebenso wie für Netzwerke zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Unternehmen, aber auch für das Zusammenwirken aller verantwortlichen Akteure in Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und der Politik.

Technologiepolitik erfordert in diesem Sinn das Leitbild einer sozial gestalteten Innovationspolitik, die technischen Fortschritt mit Persönlichkeitsentwicklung, sozialer und fachlicher Problemlösungskompetenz, Humanisierung der Arbeitswelt und sozialer Sicherheit für Menschen verbindet. An diesem Leitbild wird die Berliner Sozialdemokratie ihre Technologiepolitik künftig ausrichten.

Berliner Beschäftigungspakt: Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Standortentwicklung

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für die Berliner SPD die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Berlin ist geprägt von Massenarbeitslosigkeit in der gesamten Stadt. In einigen Bezirken und Stadtteilen beträgt die Arbeitslosigkeit fast 30%. Viele junge Menschen sind ohne berufliche Perspektive.

In einem SPD-geführten Senat wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit, allerhöchste Priorität haben. Wir werden eine neue

.....

Initiative für einen Berliner Beschäftigungspakt starten. Zu einem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Standortentwicklung werden wir die Sozialpartner, die Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kammern, das Landesarbeitsamt sowie Vertreter der Wissenschaft einladen. Wir brauchen neue Impulse, neue Dynamik und ein verantwortungsbewußtes Management für dieses Bündnis. Deshalb wird ein Regierender Bürgermeister Walter Momper das Bündnis zur vorrangigen Chefsache machen.

Grundvoraussetzung für erfolgreiches Gelingen und praktische Ergebnisse ist die Verpflichtung aller Senatsressorts, ihre Aktivitäten auf Innovation, Beschäftigungswirksamkeit und Standortentwicklung zu überprüfen. Ziel bleibt die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze. Das Berliner Bündnis knüpft an die Ergebnisse und Erfahrungen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit an, das von der neuen Bundesregierung ins Leben gerufen wurde. Wir werden dafür sorgen, daß eine zügige Umsetzung in Berlin erfolgt.

Schwerpunkte eines Berliner Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Standortentwicklung werden sein:

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Schaffung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen,
- Qualifizierungsoffensive zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften,
- Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben durch Stärkung des Anteils der Frauen an den leitenden und besonders qualifizierten Arbeitsplätzen und durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- Stärkung von Forschung und Innovation in Verbindung mit der Umsetzung in der Berliner Wirtschaft,
- Stärkung des Industrie- und Technologiestandortes Berlin sowie Ausbau der Wachstumsbranchen im Dienstleistungssektor,
- Bekämpfung von Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Lohndumping,
- Umsetzung von regionalen und bezirklichen Beschäftigungsinitiativen sowie lokalen Beschäftigungspaketen für Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Umweltgerechte Stadt

Die Berliner SPD verfolgt angesichts der dramatischen Zunahme des Naturverbrauchs eine grundlegende Umsteuerung des Wirtschaftens auf ökologisch und sozial verträgliche Leitziele. Ziel ist, den Kurswechsel hin zu einer qualitativen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu vollziehen, die den Naturverbrauch in ihre Überlegun-

.....
verwertbaren Restmüll nur vorbehandelt auf Deponien zu verbringen.

Die Entsorgungssicherheit Berlins muß langfristig nach ökologischen Grundsätzen gewährleistet sein. Sammlung, Verwertung, Behandlung und Ablagerung von Hausmüll bleiben deshalb Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, die in Berlin durch die BSR zu gewährleisten ist. Die Berliner SPD setzt sich für Gesetzesinitiativen auf Bundes- und EU-Ebene zur umweltverträglichen Regelung der Abfallverwertung ein.

Die saubere Stadt ist eine entscheidende Voraussetzung für ein lebenswertes Berlin. Dazu gehört auch, daß das Verursacherprinzip konsequent mit entsprechenden Sanktionen durchgesetzt wird.

Der sparsamere Umgang mit Flächen soll eine höhere Priorität erhalten. Wir setzen uns darüber hinaus für die Erstellung und Umsetzung eines Berliner Altlastensanierungsprogramms ein. Außerdem wollen wir das Berliner Bodenschutzgesetz und die Bodenschutzkonzeption weiterentwickeln. Berlin muß Vorsorge zur Sicherung des elementaren Grundstoffes "Boden" leisten. Durch zusätzliche Verbesserungen bei der Abwasserreinigung wollen wir die Berliner Wasserqualität für die Zukunft sichern.

Berlin soll im Sinne der Nachhaltigkeit einen in sich geschlossenen ökologischen Ausgleich anstreben. Dazu will die Berliner SPD ein langfristiges Finanzierungs- und Umsetzungsprogramm "2010" erstellen. Es setzt Prioritäten für Grünordnungs- und Landschaftsplanungen sowie für Schutzgebiete. Zur Umsetzung von gebündelten Ausgleichmaßnahmen streben wir einen Finanzierungspool an.

Wir wollen die Defizite bei der Umsetzung des Tier- und Artenschutzes abbauen und die Naturschutzbehörden in die Lage versetzen, hierzu ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Wir wollen Lebensräume in der Stadt für den Artenschutz erhalten, auch als Bereicherung für den Menschen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Umsetzung und Weiterentwicklung des Berliner Jagd- und Fischereirechtes sich vorrangig an den Zielen des Natur- und Tierschutzes orientiert. Wir wollen Auffangmöglichkeiten für besonders geschützte exotische Tiere in geeigneten Anlagen wie Zoos oder dem Tierheim schaffen. Wir werden eine Landestierschutzbeauftragten einsetzen. Wir wollen Tierversuche reduzieren und tierversuchsfreie Methoden fördern.

Umweltbildung von Kindheit an ist notwendige Voraussetzung dafür, daß wir unseren Lebensstil umwelt- und naturschutzgerecht weiterentwickeln. Natur-, Tier- und Umweltschutz müssen deshalb in den schulischen Rahmenplänen und bei der Weiterbildung von Lehrern und Erziehern verbindlich verankert werden.

.....

Berlin - Modellstadt einer innovativen Arbeitsmarktpolitik

Berlin betreibt eine bundesweit anerkannte innovative und kreative landesspezifische Arbeitsmarktpolitik. Diese Politik wird in der kommenden Legislaturperiode mit gleicher Intensität fortgesetzt und nach den Kriterien der Effektivität, Qualitätssicherung und optimalen Entlastung des Arbeitsmarktes fortgeführt. Dabei geht es darum, die Mittel zielgerichtet auf eine Integration in reguläre Beschäftigung zu konzentrieren und nur dort, wo dies aus sozialen, strukturellen und beschäftigungspolitischen Aspekten geboten ist, öffentlich geförderte Sektoren auf Dauer vorzuhalten. Die Arbeitsmarktpolitik wird darüber hinaus, wie in den zurückliegenden Jahren, an dem Ziel einer mindestens anteiligen Berücksichtigung von Frauen in allen Maßnahmen orientiert sein. Berlin hat die höchste Erwerbstätigkeit von Frauen in regulärer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland und ein hohes Niveau der Beteiligung von Frauen in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dies muß fortgeführt werden. Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit im interregionalen Wettbewerb hängen immer mehr von Kreativität, Kompetenz und Wissensvorsprüngen, d.h. von der Qualität des Arbeitskräftepotentials ab. Bildung wird immer wichtiger.

Die Trennung der Lebensabschnitte Bildung und Arbeit entsprechen nicht mehr den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Berlin als eine moderne Dienstleistungsregion weist inzwischen eine neue Flexibilität auf den Arbeitsmärkten auf.

Auf Systeme des lebenslangen Lernens sind die Institutionen in Berlin noch sehr unzureichend vorbereitet. Die Weiterbildung als eine "vierte" Säule des Bildungssystems werden wir stärken und eine entsprechende Neuordnung der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung herbeiführen. Wir werden uns aktiv an den Bestrebungen der neuen Bundesregierung zur Schaffung eines lebensbegleitenden Systems der Weiterbildung beteiligen.

Die Berliner SPD ist der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben, im Haushalt und bei der Familienarbeit verpflichtet. Familienfreundliche und flexible Arbeitszeitregelungen müssen weiterentwickelt werden. Wir setzen auf Arbeitszeitmodelle, die für Männer und Frauen die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und gesellschaftlichem Engagement ermöglichen. Daher streben wir weiterhin eine generelle Arbeitszeitverkürzung an. Wir befürworten zunehmende Teilzeitregelungen und eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Dabei halten wir vollzeitnahe flexible Regelungen für erstrebenswert, auch um existenzsichernde Einkommen vor allem für Frauen zu ermöglichen und eine hinreichende Sicherung im Alter zu gewährleisten.

.....

Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik ist allen Arbeitslosen verpflichtet. Wir werden alle Maßnahmen so ausgestalten, daß Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen überall beteiligt sind. Eine qualifizierte Ausbildung legt die Grundlagen für die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daher müssen auch Frauen größere Chancen auf qualifizierte Berufe und ein lebensbegleitendes Lernen bekommen. Die Berufsvorbereitung muß darauf verpflichtet werden. Frauen müssen an zukunftsorientierten Berufen wie beispielsweise im Informations- und Technologiebereich gleichberechtigt teilhaben können.

Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik müssen stärker verzahnt werden, um den Prozeß weiterer Deindustrialisierung zu stoppen und um nachhaltige und dauerhafte Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu unterstützen. Die Arbeitsmarktpolitik muß dazu beitragen, einen wettbewerbsfähigen 'Mittelstand' exportfähiger Klein- und Mittelbetriebe in den Bereichen moderner Industriefertigung wie z.B. im Umweltschutz, in der Verkehrs- und Bahntechnik oder in der Biotechnologie sowie im Bereich unternehmensnaher und fernabsatzorientierter Dienstleistungen wie z.B. Software, Beratung, Tourismus, Gastronomie, Kunst und Kultur zu etablieren und zu pflegen.

Die Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes ist eine große Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik. Berlin muß hier zum nationalen Labor zukunftsorientierter Arbeitsmarktpolitik werden. Die quantitativen Überkapazitäten dieses Beschäftigungssektors einerseits und die im Zuge der Verwirklichung der Hauptstadtfunktion an qualitativem Gewicht gewinnenden Bereiche andererseits bieten diese Chance. Wir werden einen neuen „Solidarpakt im öffentlichen Sektor“ anbieten, der alle Teile der öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen (Gesundheitswesen, ehemalige Eigenbetriebe, Haupt- und Bezirksverwaltungen) einbindet. Durch solidarische Umverteilung von Arbeitszeit und Arbeitseinkommen unter Berücksichtigung der sozialen Strukturen und Gleichbehandlung der Frauen, durch effektivere Anreizsysteme für alle Formen der freiwilligen und individuellen Arbeitszeitverkürzung (Sabbatical, Teilzeit, Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten, usw.), durch den Einsatz wirksamer Instrumente der Mobilität und durch zielgerichtete Qualifizierung und Personaltransfers kann auch im öffentlichen Dienst eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorangebracht werden. Daneben werden wir einen Einstellungskorridor gewährleisten. Wir werden darauf achten, daß auch der öffentliche Dienst seinen Ausbildungsbeitrag leistet und nicht hinter dem Durchschnitt der privaten Wirtschaft zurückbleibt. Er muß seine Ausbildung dahingehend reformieren, daß Auszubildende nach ihrem Abschluß auch in der privaten Wirtschaft Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die neuen Produktionstechnologien und die tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung fordern eine Arbeitswelt mit weit variableren Beschäfti-

.....
gungsverhältnissen als bisher. Die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen trägt hierzu bei. Mit einem modernen Vollbeschäftigungsziel, das diese Variablen berücksichtigt, werden wir die traditionelle Vollbeschäftigung in unbefristeter Vollzeitwerbstätigkeit, vorwiegend für Männer als "Ernährer" der Familie gedacht, umgestalten helfen.

Das Instrumentarium und die Finanzmittel der Berliner Arbeitsmarktpolitik werden wir quantitativ wie qualitativ noch besser auf die Probleme des Berliner Arbeitsmarktes abstimmen. Denn unsere Arbeitsmarktpolitik muß in stärkerem Maße als bisher berücksichtigen, daß ein rasch angewachsener und im Vergleich zu anderen Regionen überdurchschnittlich großer Anteil der Arbeitslosen wenig konkurrenzfähig ist. Selbst bei einer günstigeren Nachfragesituation sind diese Arbeitslosen nur schwer wieder in den "ersten" Arbeitsmarkt zu integrieren. Für sie müssen Wege zur allmählichen Reintegration in die Erwerbstätigkeit und flexible Übergänge zwischen Nichterwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit gefunden werden.

Neue Wege der Berliner Arbeitsmarktpolitik

Wir müssen die drohende Spaltung der Gesellschaft in dauerhafte Arbeitsplatzbesitzer und dauerhafte Arbeitsuchende mit allen Mitteln bekämpfen und verhindern. Notwendig ist eine arbeitsmarktpolitische Strategie, die die Barrieren zwischen den dauerhaft Vollzeitbeschäftigten und den Langzeitarbeitslosen oder den vielen Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen beseitigt oder wenigstens senkt. Hier muß eine strategische Umorientierung erfolgen: Die Probleme müssen nicht ausschließlich oder überwiegend von der Seite der "Outsider", die seit längerer Zeit arbeitslos sind, bewältigt werden, sondern in weit stärkerem Maße als bisher auch von der Seite der "Insider". Arbeitslosigkeit kann vorbeugend schon durch eine Verbesserung der Qualifikations- und Arbeitsbedingungen der im Erwerbsleben stehenden Menschen angegangen werden.

Eine verbesserte Koordination und Kooperation aller lokalen Akteure in den Berliner Stadtteilen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen ist uns wichtig. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung von Leitstellen zur kommunalen Beschäftigungsförderung in allen Berliner Bezirken ein. Mit diesem Instrument soll lokale Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung für alle SozialhilfeempfängerInnen effektiv und flächendeckend koordiniert, gefördert und ausgewertet werden. Es soll den Bezirksämtern in ihrer Gesamtheit in den Fragen der Vorbereitung und der tatsächlichen Arbeitsmarktintegration insbesondere von Langzeitarbeitslosen Unterstützung bieten. Darüber hinaus vernetzt es die lokalen Akteure und arbeitet in enger Abstimmung mit den Servicegesellschaften, den Beschäftigungsagenturen, den Arbeits- und Sozialäm-

.....
tern, den Bildungs- und Beschäftigungsträgern sowie der Hauptverwaltung.

Die Leitstellen übernehmen damit politische Querschnittsaufgaben und sind deshalb dem jeweiligen Bezirksbürgermeister unterstellt. Neue Wege der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit können so ressortübergreifend und kreativ beschritten werden. Unter- einander arbeiten die Leitstellen in enger Kooperation. Länder wie Dänemark, die es in wenigen Jahren vermocht haben, ihre Arbeitslosigkeit zu halbieren und die Ju- gendarbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, zeigen dies.

- Wir wollen die Kombination entlohnter Beschäftigung mit anderen gesellschaftlich nützlichen Aktivitäten wie Weiterbilden, Umschulen, Erziehen, kulturellem Ge- stalten, ehrenamtlicher Betätigung, politischer Betätigung verbessern.
- Wir wollen Löhne oder Gehälter mit Transferzahlungen aus beitragsfinanzierten Fonds oder Steuermitteln oder mit Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in größerem Maße als bisher kombinieren.
- Wir wollen den Erwerb von Rechtsansprüchen auf Nutzung von Übergängen unter Bedingungen, die durch Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge oder Gesetz fest- gelegt und daher auch einklagbar sind, verbessern. Das Land Berlin wird in der kommenden Legislaturperiode aktiv an der Novellierung des Arbeitsförderungs- Sozialgesetzbuches unter diesen Gesichtspunkten mitarbeiten.
- Wir wollen mit Geldern für Arbeitslose oder Sozialhilfe verstärkt Beschäftigung oder nützliche Aktivitäten finanzieren.

Arbeitszeitverkürzung durch Jobrotation

Die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung müssen verstärkt und erweitert werden. Ein Weg hierzu ist die Übernahme des in Dänemark und Schweden erfolg- reich praktizierten Systems der Jobrotation. Wir werden dem Bundesminister für Ar- beit und Sozialordnung vorschlagen, Berlin zu einer Modellregion für die Erprobung dieses neuen Weges zuzulassen.

Durch die Jobrotation erhält der Festangestellte einen Rechtsanspruch auf Weiterbil- dung und während der Weiterbildung Arbeitslosengeld. Gleichzeitig nimmt ein Stell- vertreter seinen oder einen nachgelagerten Arbeitsplatz ein. Hierfür muß er gleichfalls qualifiziert werden. Dadurch profitieren alle drei Beteiligten: der Unternehmer, der die Kosten für die Weiterbildung spart, der beschäftigte Arbeitnehmer, der sich weiter- qualifizieren kann und während dieser Zeit einen erheblichen Teil seines Lohns in Form von Arbeitslosengeld erhält (Aufstockung durch tarifvertragliche Regelungen sinnvoll und notwendig) und der Arbeitslose, der zeitweise und zu einem erheblichen

.....
Teil auf Dauer eine Stellvertreterbeschäftigung erhält und somit ins Erwerbsleben integriert wird.

Berlin - Stadt der Frauen und der Gleichberechtigung

Für die SPD ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im gesellschaftlichen Leben ein Kernstück ihrer Politik für Innovation und soziale Gerechtigkeit. Innovation, weil es auch im Verhältnis der Geschlechter noch viele Veränderungen geben muß, damit Frauen und Männer ihr kreatives Potential in Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung und Forschung gleichberechtigt einbringen können.

Es gibt noch viel zu tun für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer partnerschaftlich und zu gleichen Teilen Kinder und Familie versorgen, sich Frauen und Männer gleichermaßen in Führungspositionen finden, in der es keine besser bezahlten „Männer-Berufe“ und keine schlechter bezahlten „Frauen-Berufe“ gibt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen hier durch ihre Geschichte und Erfahrung in der Kontinuität von Reform und Fortschritt. Gesetze und Maßnahmen müssen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen geprüft werden. Dies muß mit einer ressortübergreifenden Politik mit zentraler Koordination in der Frauenverwaltung und einer dafür zuständigen Senatorin in der Landesregierung gewährleistet werden. Dabei hat sich auch seit zwei Legislaturen die Ressortkombination von Arbeit und Frauen bewährt, weil so die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen besondere Berücksichtigung fand.

Pluralität und Selbstbestimmung von Frauen nehmen wir sehr ernst. In keiner deutschen Stadt existiert eine so reiche und vielfältige Landschaft von Frauenprojekten. Diese werden wir auch künftig unterstützen und für die gesellschaftliche Entwicklung in der Stadt nutzen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in Berlin die Förderung von Frauen in qualifizierten Berufen, in Wissenschaft und Wirtschaft weiterentwickelt. Mit dem Förderprogramm Frauenforschung, mit den überregionalen Initiativen für Wissenschaftlerinnen in Hochschule und Forschung, mit dem Landesprogramm zur Förderung von Wissenschaftlerinnen, mit dem Künstlerinnenprogramm, mit Initiativen für Existenzgründerinnen und mit einer starken Unterstützung der Erwerbsarbeit von Frauen durch innovative Arbeitsmarktpolitik verfolgen wir auch weiterhin besondere Schwerpunkte unserer Politik.

Bei der Verfassungsreform von 1995 sind viele wegweisende Rechte der Frauen auf

.....

Gleichberechtigung und Gleichstellung in der Gesellschaft in der Berliner Verfassung festgeschrieben worden. Diese Rechte wird die SPD in ihrer Regierungstätigkeit mit Leben erfüllen.

Die SPD hat wirksam Maßnahmen zur Aufklärung häuslicher Gewalt und zur Aufklärung von Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung durchgesetzt. Wir haben die Arbeitslosigkeit von Frauen bekämpft und gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen für junge Frauen geschaffen. In der Stadtentwicklung, in der Gesundheits- und Sozialpolitik berücksichtigen wir ganz besonders die spezielle Situation von Frauen.

Die SPD hat mit der Frauenpolitik im Land Berlin Maßstäbe gesetzt:

- Das Landesgleichstellungsgesetz hat im öffentlichen Dienst schon seit 1990 verbindlich festgelegt, daß die Unterrepräsentanz von Frauen an qualifizierten und leitenden Stellen ausgeglichen wird und daß Ausbildungsplätze mindestens zur Hälfte an Mädchen und jungen Frauen vergeben werden. Wir werden für eine verstärkte Umsetzung sorgen.
- Die mit dem Gleichstellungsgesetz im öffentlichen Dienst eingeführte Funktion von Frauenvertreterinnen und Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten wurde 1998 noch einmal verstärkt. Wir unterstützen deren praktische Einflußnahme.
- Auf Initiative der SPD wurde im Juni 1999 zum ersten Mal eine wirksame und praktische Verknüpfung von öffentlicher Auftragsvergabe und Frauenförderung gesetzlich festgelegt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, dem Verfassungsgebot der Gleichstellung auch in der Privatwirtschaft Geltung zu verschaffen. Wir werden auf eine zügige und umfassende Realisierung drängen.

Walter Momper hat schon in seiner ersten Regierungszeit mit mehr Frauen als Männern im Senat regiert. Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus besteht schon in der laufenden Legislaturperiode aus mehr Frauen als Männern. Wir leben Gleichberechtigung vor und werden auch künftig darauf achten, daß Frauen und Männer überall gleichberechtigt die SPD vertreten.

Jetzt setzt Christine Bergmann ihre bewährte Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Bundesregierung fort. Wir wollen diesen neuen Aufbruch im Bund auch in Berlin zu neuem Schwung für die Frauenpolitik nutzen. Zusammen mit einer europaweit koordinierten Politik von Frauen für Frauen. Wie in Europa, so im Bund, so in der Stadt und umgekehrt.



Bildung - der Motor für Innovation

Den Wissenschaftsstandort Berlin stärken

Mit seinen 16 Hochschulen und über sechzig sowohl vom Bund als auch vom Land bzw. in Gemeinschaft mit den anderen Bundesländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist Berlin ein zentraler Wissenschafts- und Bildungsstandort im Herzen Europas.

Der Wissenschaftsstandort Berlin muß gesichert und ausgebaut werden. Wir haben die Chance, uns zu einem der bedeutendsten Forschungsstandorte in Deutschland zu entwickeln. Diese Chance dürfen wir nicht verspielen. Die Berliner Hochschulen müssen

.....

qualitativ im Wettbewerb mit anderen Hochschulen bestehen. Sie sind Stätten demokratischer Kultur und Bildung. Die Beiträge und die kritische Funktion der Wissenschaft für unsere Gesellschaft sind unverzichtbar. Bildung sowie Forschung und Entwicklung werden weiter das zukünftige wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik Deutschland prägen. Sie haben für den Produktions- und für den stark anwachsenden Dienstleistungssektor der Stadt eine zentrale Bedeutung.

Mit den Hochschulverträgen hat Berlin bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Modernisierung der Hochschulfinanzierung und -strukturplanung eingenommen. Diese muß durch eine Weiterentwicklung der Hochschulverträge zu echten Zielvereinbarungen ausgebaut werden. Auf dieser Grundlage und mit einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Fachhochschulen ist eine Zielzahl von 100.000 Studienplätzen für den Hochschulstandort Berlin realistisch und für die überregionale und internationale Funktion Berlins auch erforderlich. Die Hochschulen haben öffentliche Aufgaben für die Gesellschaft, für Wirtschaft und Kultur. Sie müssen grundsätzlich allen ohne soziale Hürden zugänglich sein. Es ist politisch nicht akzeptabel, der jetzigen Generation von Studierenden und ihren Eltern zusätzliche finanzielle Belastungen durch Studiengebühren zuzumuten.

Noch immer sind Frauen in den Professuren und Leitungsstrukturen der Hochschulen, erst recht beim Führungs- und wissenschaftlichen Personal der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, unterrepräsentiert. Eine innovative und sich selbst als demokratisch verstehende Wissenschaft braucht aber gleichermaßen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Deshalb wollen wir beim wissenschaftlichen Nachwuchs und bei Berufungen Frauen fördern. Dazu wollen wir in den Verträgen mit den Hochschulen Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule treffen. In Koordination mit dem Bund wollen wir im gesamten Wissenschaftsbereich die Zumessung von finanziellen Mitteln und Fördersysteme auf diesen Punkt hin überprüfen und in ihrer Wirksamkeit verbessern. Selbstverständlich gehört dazu auch die Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung. Das erfolgreiche und bundesweit anerkannte "Förderprogramm Frauenforschung" des Senats von Berlin wollen wir weiter fortsetzen.

Die Eigenverantwortung und Internationalität der Hochschulen ausbauen

Das Berliner Hochschulgesetz ist nach Auswertung der Erprobungsmodelle an den Hochschulen zu novellieren und auf wesentliche Regelungen in Ergänzung/Ausfüllung des Hochschulrahmengesetzes zu beschränken. Die Hochschulen sind als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu erhalten. Ziel muß es sein, die Eigenverantwortung und Reformfähigkeit der Hochschulen zu stärken. Die politische Verantwortung des Staates sollte im wesentlichen über konkrete Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den

.....
Hochschulen wahrgenommen werden. Die bisherigen Hochschulverträge sind noch unbefriedigend.

Hochschulen tragen ganz wesentlich zur Internationalität Berlins bei. Auch sind sie wichtig für das geistige und kulturelle Klima in der Stadt. Kennzeichnend für die künftige Entwicklung Berlins wird eine verstärkte europäische und internationale Zusammenarbeit sein. Dies verlangt entsprechende Qualifikationsziele wie Mehrsprachigkeit, kulturelle Offenheit in den Hochschulen und verstärkten Austausch mit ausländischen Hochschulen, insbesondere auch mit denen aus Entwicklungsländern und aus Osteuropa. Das Potential der Berliner Hochschulen im Bereich der Kooperation soll konsequenter genutzt werden, insbesondere auf dem Gebiet des internationalen Technologie- und Wissenschaftstransfers. Hochschulen sollen Beiträge zur interkulturellen Erziehung leisten. Die Verringerung des Studienplatzangebots darf wegen der internationalen Rolle Berlins nicht weiter zu Lasten des Anteils ausländischer Studierender gehen. Wir wollen die internationale Attraktivität Berlins als Studienplatz und als Arbeitsplatz für ausländische Gastwissenschaftler/innen wieder deutlich verbessern.

Wir wollen eine Öffnung der Hochschulen. Dazu gehört auch, daß wir den Zugang zum Studium über die berufliche Erstausbildung und im Wechsel mit der Berufstätigkeit fördern. Auf diesem Wege werden Erfahrungen für die Hochschulen gewonnen, die die Praxisorientierung der Studien und Forschungen anregen können. Hochschuladäquate Qualifikationen, die in anderen Bildungsbereichen erworben worden sind, sollen vermehrt im Hochschulstudium Anerkennung finden und zur Verkürzung von Studienzeiten genutzt werden können.

Die Hochschule praxisorientierter gestalten

In den Berliner Hochschulen sollen in Zukunft die mehr anwendungs- und praxisorientierten Studienangebote - insbesondere an Fachhochschulen - vorrangig ausgebaut werden. Dabei muß die starre Abgrenzung von Universitäten und Fachhochschulen überwunden werden. Es ist eine weitere Differenzierung des Studienangebots und der Studienabschlüsse im Hochschulbereich mit zunehmender Modularisierung und studienbegleitenden Prüfungssystemen erforderlich (neue Bachelor/Master-Studiengänge). Dabei ist auch über die Abschaffung bisheriger Staatsexamen nachzudenken, zumindest aber die Erprobung von neuen Konzepten in Hochschulverantwortung zuzulassen.

Für Hochschulabsolventinnen und -absolventen steigen die Anforderungen an Qualifi-

.....

kation und Flexibilität. Sie müssen interdisziplinäres Denken und verantwortliches Handeln lernen, um künftige Probleme in unserer Gesellschaft lösen zu helfen. Sie müssen auch besser auf berufliche Selbständigkeit und Unternehmensgründungen vorbereitet sein. Wir werden entsprechende Studienreformen besonders fördern.

Die Hochschulen sollten auf dem Gebiet der Weiterbildung ein besonderes Profil zum allgemeinen Nutzen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger entwickeln, das sich auch wirtschaftlich durch Einnahmen trägt.

Unsere Gesellschaft befindet sich auf dem Weg ins „Digitale Zeitalter“. Freiheit in der Informationsgesellschaft heißt vor allem auch Informationsfreiheit. Die Grundvoraussetzung hierfür ist der freie Zugang zu allen Formen der Information und Kommunikation. Die Wahrnehmung dieser Freiheit ist abhängig von einer informationstechnischen Grundbildung, die in Schulen beginnen und in den Hochschulen intensiviert werden muß.

Die Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung in den Berliner Hochschulen muß verstärkt werden. Auch müssen Hochschulen mehr mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der privaten Wirtschaft kooperieren. Dies gilt insbesondere für die beiden Universitätsklinika. Vor dem Hintergrund des knappen Berliner Haushalts müssen weit mehr Synergieeffekte erzielt werden als bisher, um Kosten, insbesondere in der Hochschulmedizin, zu verringern.

Die Hochschule mit Zukunft schaffen

Die Hochschulfinanzierung muß zukünftig nach transparenten und leistungsbezogenen Kriterien und auf der Grundlage von Evaluationen erfolgen. Sie setzt sich zusammen aus einer Grund- und einer Zusatzfinanzierung. Die staatliche Grundfinanzierung soll sich nach dem Studienplatzangebot in den einzelnen Fächergruppen und nach noch festzulegenden Standards für Studienplatzkosten und Forschungsgrundausrüstung richten. Die Zusatzfinanzierungen müssen sich dann an Studiennachfrage, Auslastung, Studienerfolg sowie Qualitätskriterien für die Ausbildung und schließlich an Kennziffern und Qualitätskriterien für Forschungsleistungen und Nachwuchsförderung orientieren. Mit einem solchen Finanzierungsmodus wollen wir einen Leistungswettbewerb der Hochschulen und Forschungseinrichtungen und eine grundlegende Verwaltungsreform in den Hochschulen fördern.

Wirtschaftliches Denken, Flexibilität und Kooperation und der verstärkte Personalaustausch mit anderen gesellschaftlichen Bereichen und der Privatwirtschaft setzen

.....
eine Öffnung des bisher starren öffentlichen Dienstrechtes und die Entwicklung spezi-
fischer Angestelltentarife für das wissenschaftliche Personal der Hochschulen und
staatlichen Forschungseinrichtungen voraus. Das Beamtenrecht ist in diesem Bereich
abzuschaffen. Die SPD wird entsprechende Entwicklungen auf Bundesebene voran-
treiben. Soweit auf Landesebene Gestaltungsspielräume für eine solche Reform beste-
hen, werden wir diese konsequent ausnutzen.

Eine moderne und verlässliche Berliner Schule

Die Berliner Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, dessen Ziel es ist, alle
wertvollen Anlagen der Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung zu bringen und ihnen
ein Höchstmaß an Urteilskraft, an gründlichem Wissen und Können zu vermitteln
(Berliner Schulgesetz). Die soziale Mischung der Gesellschaft muß sich auch in der
Schule widerspiegeln, nur so ist das Lernen für eine solidarische Gesellschaft möglich.
Fremdsprachenkenntnisse, die Fähigkeit und Bereitschaft, ein Leben lang zu lernen
sowie Problemlösungskompetenz sind Qualifikationen, die Schule heute vermitteln
muß. Dabei hat sie die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden,
den mit Behinderungen ebenso wie den besonders begabten, denn Eltern haben die
berechtigte Erwartung an Schule, daß ihre Kinder dort entsprechend ihren individuel-
len Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden.

Eine umfassende Bildung und Ausbildung ist Grundlage der gesellschaftlichen Teil-
habe des Einzelnen. Deshalb hat die Bildungspolitik für uns Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten einen besonders hohen Stellenwert. Chancengleichheit und sozialer
Ausgleich sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Bildung ist
ein individueller Wert, aber zugleich gesellschaftlicher Standortfaktor. Bildung ist und
bleibt eine öffentliche Aufgabe.

Lehr- und Lernmittelfreiheit

Der Schulbesuch darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Daher halten wir an der im
Gesetz angeordneten Freiheit für Lehr- und Lernmittel fest.

Wertevermittlung ist in allen Fächern Aufgabe der Schule. Dabei soll es bei der bishe-
rigen Regelung des Religions- und Weltanschauungsunterrichts als freiwilliges Ange-
bot in der Verantwortung der Kirchen, Gemeinden und Verbänden bleiben. Die Schule
kann nicht allein die Aufgabe der Orientierung übernehmen. Daher werden wir die
Kooperation aller mit der Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen

.....
befaßten Einrichtungen fördern. Vor allem Sportvereine, Einrichtungen der Jugendhilfe und kulturelle Einrichtungen sind dabei einzubeziehen.

Unsere bildungspolitische Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode sind:

Reformprogramm "Grundschule 2000"

Die sechsjährige Grundschule hat sich bewährt. Alle wichtigen Industrienationen setzen in der Bildungspolitik auf den Weg einer langen gemeinsamen Schulzeit von Schülerinnen und Schülern, auf das System von Gesamtschulen und auf Ganztagschulen. Deshalb entwickeln wir diese Schulformen mit dem Reformprogramm "Grundschule 2000" fort und passen die Grundschule damit veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an.

Kernpunkte unseres Reformprogramms sind:

- die Einrichtung einer dreijährigen Eingangsstufe, die je nach Entwicklungsstand in zwei bis vier Jahren durchlaufen werden kann,
- die Neugestaltung der Klassenstufen 5 und 6 mit verbindlichem Wahlunterricht und differenzierten Angeboten,
- die Halbtagschule mit einer verlässlichen Betreuung bis 13 Uhr.

Mittelfristig muß das Angebot an Ganztagschulen ausgeweitet werden.

Die Gesamtschule voranbringen

Die Gesamtschule, eine alle drei Bildungsgänge der Oberschule integrierende, leistungsfähige Schule, soll sich im Rahmen der Schulprogrammentwicklung und Profilbildung stärker weiterentwickeln durch

- Angliederung der Grundstufe.
- Einrichtung bilingualer Züge.
- Profilierung (z.B. Naturwissenschaften, Sport, Musik/Kunst etc.).
- Ausbau des Ganztagsbetriebs.

Förderung und Individualisierung vereinbaren

Jede Schülerin und jeder Schüler muß entsprechend der individuellen Begabung gefördert werden. Die 5. und 6. Klassen der Grundschule und die Gesamtschule bieten Unterricht mit innerer und äußerer Differenzierung.

.....
Wir brauchen auch mehr Möglichkeiten, die Schulzeit individuell zu durchlaufen. Neben der dreijährigen Eingangsstufe an der Grundschule wollen wir die Möglichkeit bieten, das Abitur nach 12 Jahren zu absolvieren.

Fremdsprachen zu beherrschen ist eine Schlüsselqualifikation für die Zukunft. Daher werden wir flächendeckend den Beginn des Fremdsprachenunterrichts in Klasse 3 der Grundschule anbieten und die zweisprachige Alphabetisierung sowie das Angebot Staatlicher Europaschulen ausweiten. Insgesamt werden wir das Angebot an Sprachunterricht in allen Schulstufen intensivieren. Wir werden eine oder mehrere internationale Gesamtschulen einrichten.

Ziel unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik ist, daß jeder Jugendliche am Ende seiner Schulzeit mindestens eine Zweitsprache beherrscht und eine weitere Fremdsprache versteht. Schüler sollen stärker als bisher über ihre beruflichen Perspektiven informiert werden. Dazu muß das Beratungsangebot - insbesondere in der Sekundarstufe I des Gymnasiums - verstärkt werden.

Qualitätssicherung und Selbständigkeit der Schule

Die Qualität der Berliner Schulen muß durch Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung verbessert werden. Dabei steht die Leistungsfähigkeit der Schule selbst auf dem Prüfstand. Die Anforderungen an die Schule sind an Standards zu orientieren. Die Qualität des Unterrichts muß daran gemessen werden, in welchem Maße er die Schülerinnen und Schüler befähigt, ihre Zukunft und ihr Leben zu gestalten und sich selbst unter der Beachtung der Rechte anderer zu verwirklichen.

Wir wollen die größere Selbständigkeit unter pädagogischen, personellen und finanziellen Aspekten. Was vor Ort entschieden werden kann, soll dort entschieden werden. Schulen werden ihr eigenes Schulprogramm in Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrern und Eltern entwickeln, die die Ergebnisse ihrer pädagogischen Arbeit im Rahmen von Senat und Abgeordnetenhaus vorgegebenen Standards überprüfen. Die Schulaufsicht berät die einzelne Schule, sichert die Vergleichbarkeit und achtet auf die Qualität. Wir streben eine Dezentralisierung des Landesschulamtes an, um die Versorgung der Schulen bürgernah und effektiv zu gestalten.

Der bauliche Zustand der Berliner Schulen muß einer angemessenen Lern- und Arbeitssituation entsprechen. Der in vielen Schulen - besonders im Ostteil - unverkennbare Sanierungsbedarf muß mit hoher Priorität angegangen werden. Keinen Luxus, aber einen zweckgerichteten und menschenwürdigen Sanierungszustand der Schulen

.....
werden wir sichern.

Informationstechnik und Medienkompetenz

In den kommenden Jahren wird sich unsere Gesellschaft noch stärker als bisher zu einer Informationsgesellschaft entwickeln. Darauf muß Schule kompetent reagieren und den verantwortungsvollen Umgang mit allen Medien lehren. Wir wollen, daß alle Schülerinnen und Schüler Zugang zur Entwicklung der neuen Medien haben und zugleich den eigenständigen Umgang mit diesen Medien erlernen.

Hier erhält die Schule eine Chance zur Neugestaltung von Unterricht. Dazu sind einige Rahmenbedingungen unerlässlich:

- Lehrerinnen und Lehrer in allen Berliner Schulstufen müssen durch Fortbildung in die Lage versetzt werden, mit den neuen Medien umzugehen und sie für die Unterrichtsgestaltung sinnvoll zu nutzen.
- Die technische Ausrüstung der Schulen muß verbessert werden, und jede Schule muß mit einer ausreichenden Zahl geeigneter Personalcomputer versorgt werden.
- Jede Schule muß über genügend Zugänge zum Internet verfügen, und die dafür anfallenden Kosten müssen im Schulhaushalt abgesichert werden.
- Es muß ein kompetentes Beratungsteam geben, das den Schulen Informationen und Hilfestellungen bei medienpädagogischen und technischen Problemen anbietet.
- Schulen müssen mit den medienpädagogischen Einrichtungen der Jugendarbeit kooperieren, um die pädagogischen Kapazitäten und Ressourcen beider Bereiche optimal zu nutzen.

Die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen wird in der Kommunikationsgesellschaft immer mehr zu einer Schlüsselqualifikation. Der Erwerb von Medienkompetenz ist eine grundlegende Bildungsaufgabe und setzt lebenslanges Lernen voraus. Die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft in Informationsarme und Informationsreiche droht, wenn nicht eine möglichst hohe Anzahl von Menschen an den neuen Möglichkeiten und Freiheiten teilhat. Uns kommt es auf einen kritischen und sozial verantwortlichen Umgang mit den Medien und den damit verbundenen Kulturtechniken an.

In diesem Sinne werden wir Berlin zu einem Medienkompetenzzentrum ausbauen. Vorhandene Angebote wie der Offene Kanal, die technische und personelle Infrastruktur an Schulen und Jugendeinrichtungen werden wir pflegen, ausbauen und sinnvoll weiterentwickeln.

.....

Gleichberechtigung der Geschlechter

Die Gleichberechtigung der Geschlechter, seit 1989 laut Schulgesetz Unterrichts- und Erziehungsziel der Berliner Schule, ist nicht nur durch abstrakte Aufklärung oder Rahmenpläne allein zu erreichen. Wir wollen deshalb das Konzept der Koedukation weiterentwickeln. Dabei wollen wir sowohl den geschlechtergemeinsamen Unterricht als Grundform als auch den partiellen Unterricht von geschlechtshomogenen Gruppen einsetzen.

Gemeinsame Erziehung

Die gemeinsame, wohnortnahe Erziehung behinderter und nicht behinderter Menschen in allen Schularten ist ein besonderes Qualitätsmerkmal der Berliner Schule. Sie bietet differenzierte Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers entsprechend dem jeweils spezifischen Leistungsvermögen. Wir setzen uns für die uneingeschränkte Sicherstellung der gemeinsamen Erziehung in der Grund- und Oberschule und in der Berufsausbildung ein. Gleichzeitig halten wir an der Wahlmöglichkeit für Eltern, ihr Kind auf eine Sonderschule zu schicken, fest.

Schule in sozialen Brennpunkten

Schülerinnen und Schüler deutscher und nichtdeutscher Herkunft müssen ihren Fähigkeiten und Voraussetzungen entsprechend gefördert werden. Daher werden wir eine Bildungsoffensive zugunsten von Schulen in sozialen Brennpunkten starten.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration von Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Daneben soll die Schule auch das Lernen der Erstsprache in bilingualen Angeboten wie zweisprachiger Alphabetisierung und in Europaschulen ermöglichen.

Verlässliche Schule

Wir werden in allen Berliner Schulen durch eine flexible Schulorganisation und eine ausreichende Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern das Unterrichtsangebot sicher-

stellen. Unterrichtsausfall muß auf ein nicht abwendbares Minimum beschränkt werden.

Das Angebot für die "Verlässliche Halbtagsgrundschule" sowie der Schulhorte, in der die Betreuung der Schülerinnen und Schülern vom frühen Morgen bis in den Nachmittag - unabhängig vom Stundenplan - gesichert ist, muß ausgeweitet werden.

Lehrerbildung

Wir wollen die Lehrerbildung reformieren und sie so an die veränderten Bedingungen von Schule und an die Notwendigkeit lebenslangen Lernens anpassen. Neue Inhalte, wie der Umgang mit neuen Kommunikationstechniken und Medien, pädagogische und didaktische Studien sowie der professionelle Praxisbezug müssen in der Erstausbildung verstärkt werden. Die Erstausbildung an den Universitäten, das Referendariat und die Phase der Fort- und Weiterbildung wollen wir eng miteinander verzahnen und neue Studienmodelle mit abgeschlossenen Elementen einführen. Die Schulen sollen verbindliche Fortbildungsprogramme für die an ihnen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen erstellen. Für Positionen in Schulleitungen und in der Schulaufsicht ist ein Studienmodul „Schulführung und -management“ zu entwickeln.

Berufliche Erstausbildung in Berlin - Zukunftschancen für Jugendliche

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, durch eine qualifizierte berufliche Bildung auf hohem Niveau die Zukunftschancen von Jugendlichen zu sichern und den Wirtschaftsstandort Berlin zu stärken. Dieses Ziel wird am besten durch eine Stärkung und Weiterentwicklung des dualen Systems in Betrieb und Berufsschule erreicht.

Wir wollen daher allen Jugendlichen einen Berufsstart garantieren. Jeder Jugendliche soll die Chance erhalten, in eine Maßnahme der Berufsvorbereitung oder in die Berufsausbildung einzutreten.

Verantwortung der Wirtschaft für die Berufsausbildung stärken: Ausbildungsverbünde als Ausbildungsform der Zukunft

Die Berliner Wirtschaft steht in der Verantwortung, ein ausreichendes und dem zukünftigen Fachkräftebedarf entsprechendes Ausbildungsplatzangebot zur Verfügung zu stellen. Dabei muß sie, vor allem bei qualifizierten Ausbildungsgängen, auch in

•••••
genügender Anzahl Ausbildungsplätze für Mädchen und junge Frauen anbieten. Solange kein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen existiert, müssen der Bund und das Land Berlin ihre Programme zur Schaffung von betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen fortsetzen.

Dabei müssen die staatlichen Fördermaßnahmen darauf ausgerichtet sein, die Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Erhalt der betrieblichen Ausbildung und deren Qualitätssteigerung zu stärken. Die Programme des Berliner Senats sind so zu bündeln, daß sie den Gesichtspunkten des Vorrangs der betrieblichen vor der außerbetrieblichen Ausbildung voll entsprechen. Wir wollen daher besonders in den Bezirken Ausbildungsverbände fördern und damit neue Betriebe, besonders neu gegründete und ausländische Unternehmen, an die Ausbildung heranführen.

Ein von uns geführter Senat wird vorrangig im Dialog mit Arbeitgebern und Gewerkschaften den Konsens suchen, um die notwendige Steigerung des Ausbildungsplatzangebots zu erreichen. Wir unterstützen die darauf gerichteten Bemühungen der Bundesregierung. Wenn die Gespräche nicht zum Erfolg führen und den Jugendlichen kein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht, wird eine Regelung über eine faire Lastenverteilung zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben notwendig. Die Berliner SPD setzt sich weiterhin auf allen Ebenen für die bundesweite Einführung der solidarischen Umlagefinanzierung ein.

Ausbildungsleistung im öffentlichen Dienst steigern

Der öffentliche Dienst des Landes Berlin muß seine Ausbildungsleistung erheblich steigern.

Durch die Einbeziehung von Behörden in Ausbildungsverbände muß erreicht werden, daß die im Haushalt für Ausbildung zur Verfügung stehenden Mittel voll für die Ausbildung im öffentlichen Dienst und in Ausbildungsverbänden unter Beteiligung des öffentlichen Dienstes verwendet werden. Nicht ausgegebene „Reste“ von Ausbildungsmitteln darf es nicht mehr geben.

Berufsausbildung modernisieren: Neue Inhalte

Wer auf dem Arbeitsmarkt von heute und morgen bestehen will, muß selbständig in Planung, Organisation, Entscheidung handeln können. Fremdsprachliche Kompetenzen sowie politische Bildung und Information sind unerlässlich für die Arbeit im In- und Ausland.

.....

Handlungsorientierte Ansätze in der theoretischen und berufspraktischen Ausbildung werden wir auch durch Angebote der Lehrerfortbildung unterstützen. Fremdsprachlicher Unterricht muß schrittweise Bestandteil aller Ausbildungsgänge werden.

Die neu geordneten Ausbildungsberufe für neue Technologien müssen stärker genutzt werden. Die Berufsausbildung von jungen Frauen in diesen Zukunftsberufen muß verstärkt werden, um auch in diesem Bereich die Gleichstellung zu vollziehen.

Neue Wege in der Ausbildung: Modularisierung im Berufskonzept

Die Anforderungen des Arbeitsmarktes verlangen eine noch breitere und auf noch mehr Mobilität ausgerichtete Berufsausbildung. Eine modernisierte Berufsausbildung auf der Basis des Berufskonzepts muß einen flexiblen Einsatz der Fachkräfte in unterschiedlichen Tätigkeiten und in unterschiedlichen Unternehmen ermöglichen und die Grundlagen für die berufliche Weiterbildung legen. Jugendliche müssen wettbewerbsfähig sein auf dem europäischen Arbeitsmarkt.

Durch Modularisierung als Neugliederung von Ausbildungsinhalten in einzelne anerkannte Abschnitte wird es möglich, zu unterscheiden zwischen unerläßlichen Kenntnissen und Fertigkeiten und zusätzlichen Wahlbereichen je nach Neigung und Fähigkeit der Jugendlichen. Damit kann Leistungsdifferenzierung erfolgen zwischen leistungsstärkeren Auszubildenden, die Zusatzqualifikationen erwerben können, und leistungsschwächeren Jugendlichen, die verstärkt Grundqualifikationen trainieren.

Mit den anerkannten und zertifizierten Qualifikationen kann der Zugang zum europäischen Bildungsraum eröffnet werden, für die Jugendlichen der Schlüssel ins europäische Ausland.

Durch die Anerkennung von Ausbildungsabschnitten wird auch die Verbindung zur Weiterbildung und zur Ausbildung im „Zweitberuf“ möglich, weil bereits abgeleistete und zertifizierte Lernabschnitte eingebracht werden können. Unnütze „Doppelausbildung“ wird vermieden.

Berufsabschluß als Eintrittskarte zum allgemeinen Bildungssystem

Ein Berufsabschluß, der nur zum Eintritt in den Beruf berechtigt, entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Ausbildungssystem. Aus Gründen der Gleichheit von Bildungschancen und wegen einer effizienten Gestaltung der Lebenszeit von Jugendlichen sind feste Strukturen zu schaffen, die den Berufsabschluß einem allge-

.....
meinbildenden Abschluß gleichsetzen und einen Übertritt in das System der allgemeinbildenden Institutionen ermöglichen. Durch die Einrichtung der Berufsoberschule wollen wir diese Lücke schließen.

Berliner Oberstufenzentren als Stätten der Ausbildung und Innovation

Berliner Oberstufenzentren wandeln sich von der „alten“ Berufsschule zum Partner für unterschiedliche Lernortkooperation. Sie sind nicht mehr nur die Stätte der theoretischen Ergänzung der praktischen Ausbildung, sondern sie sind selbst zum leistungsfähigen Lernort und „Leitbetrieb“ einer zukunftsorientierten praktischen Ausbildung geworden. In Zusammenarbeit mit Kammern, Innungen, Verbänden und Betrieben bieten sie den Jugendlichen eine vollwertige Berufsausbildung. Praktika in Betrieben leisten die notwendige Ergänzung an betrieblicher Praxis. In dieser Rolle wollen wir die Schulen mit mehr Eigenverantwortung in pädagogischer, finanzieller und administrativer Sicht stärken.

Die Berliner Oberstufenzentren sind technisch hervorragend ausgestattet. Diese Ausstattung kann auch für Maßnahmen der Weiterbildung genutzt werden. Wir wollen diese Möglichkeit eröffnen.

Die Berliner Oberstufenzentren wollen wir personell so ausstatten, daß sie bei der Steigerung des Ausbildungsplatzangebots nicht zum Engpaßfaktor werden. Den Berufsschulunterricht wollen wir in dem erforderlichen Umfang gewährleisten. Den Bedarf an Nachwuchskräften werden wir durch Steigerung der Ausbildung an den Universitäten und durch Einstellung von Referendaren sichern. Bei unabdingbarem Bedarf werden wir auch geeignete „Seiteneinsteiger“ heranziehen. Dabei werden wir darauf achten, daß fachliche und pädagogische Standards an den Berufsschulen gewahrt bleiben.

Ausbildung für alle - auch für lernschwächere Jugendliche

Wir halten daran fest, daß auch lernschwächere Jugendliche umfassend in einem Beruf ausgebildet werden sollen. Die Berliner SPD wird sich daher für ein bedarfsgerechtes Angebot der Bundesanstalt für Arbeit in der Benachteiligtenausbildung einsetzen.

Die Ausbildungs- und Berufsvorbereitung der Jugendlichen in den allgemeinbildenden Schulen werden wir durch mehr Praxisorientierung des Unterrichts verbessern. Intensivere Vorbereitung und Nacharbeit der Betriebspraktika leisten hierzu einen wichti-

.....
gen Beitrag.

Für Jugendliche, die von diesem Angebot nicht erreicht werden, müssen die bisherigen schulischen Warteschleifen im 11. Schuljahr durch Ausbildungsangebote ersetzt werden, die strukturell und berufsfeldbezogen paßgerecht auf sie zugeschnitten sind. Die Jugendlichen sollen nach dem 11. Schuljahr ihre Ausbildung vorrangig in Betrieben oder - wenn das nicht gelingt - in einer Lernortkooperation zwischen Berufsschule und Betrieben oder Trägern fortsetzen. Dazu werden wir die Qualität der Ausbildungsberatung verbessern.

Jugendarbeitslosigkeit verhindern und bekämpfen

Ziel aller Maßnahmen ist die Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit. Das notwendige Engagement des Staates und der Bundesanstalt für Arbeit, unversorgten Jugendlichen eine Ausbildungsstelle auch außerhalb eines Betriebes zu sichern, hat vielen Tausend jungen Männern und Frauen eine Berufsausbildung ermöglicht. Der Übergang von Jugendlichen nach einer erfolgreich abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung ist aber ein zunehmendes Problem geworden. Arbeitslosigkeit trifft diese jungen Menschen in einer entscheidenden Phase ihres persönlichen Entwicklungs- und Entfaltungsprozesses. Ein durch fehlende Arbeitsplätze mißlungener Einstieg in die Arbeitswelt birgt in dieser Altersgruppe in besonderer Weise die Gefahr von Orientierungs- und Perspektivlosigkeit sowie von gesellschaftlicher Isolation in sich. Die Gesellschaft kann einen positiven Beitrag der jungen Generation für die Zukunft des Landes nur dann erwarten und einfordern, wenn sie allen jungen Menschen auch gleiche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Wir werden deshalb unsere Bemühungen gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung und den Sozialpartnern darauf richten, daß junge Menschen unter 25 Jahren, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, auch eine ihrer Ausbildung angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Vorrangig ist es dabei, jungen Menschen den Weg in die Vollerwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt zu ebnen. Es geht um die Sicherung einer mehrjährigen Beschäftigung, die den Start in die Berufswelt und den Beginn einer eigenständigen und eigenfinanzierten Lebensplanung erlaubt.

Fort- und Weiterbildung - mehr Chancengleichheit durch lebenslanges Lernen

Die Trennung der Lebensabschnitte Bildung, Ausbildung und Arbeit entsprechen nicht mehr den Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Veränderungen in der

.....

Arbeitswelt verlangen von den einzelnen Menschen nicht nur immer mehr und immer neue berufliche Qualifikationen, sondern auch neues gesellschaftliches Wissen und Orientierungsvermögen. Der Ausbau der Weiterbildung zum vierten Bildungsbereich ist eine zentrale bildungspolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Das individuelle Recht auf Weiterbildung und die für die Weiterbildung erforderliche Infrastruktur müssen gesetzlich gesichert werden.

Die Leitvorstellung des lebensbegleitenden Lernens setzt voraus, daß bereits in der Schule und der Berufsausbildung als Grundqualifikationen das Lernen des Lernens angelegt sein muß. Eine aufeinander abgestimmte Aus- und Weiterbildung muß ein flexibles System werden, das die technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen rasch erfassen und inhaltlich umsetzen kann. Eine engere Verzahnung zwischen Erstausbildung und Weiterbildung ist daher dringender denn je

Die berufliche Fortbildung ist stärker zu systematisieren und die flexible modulare Weiterbildung auszubauen. In einem beschäftigungsbegleitenden Qualifizierungssystem sollen anerkannte Zertifikate erworben werden können, die mit bereits in früheren Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erworbenen Qualifikationen und mit Berufserfahrungen verknüpft werden müssen.

Die Kapazitäten der Oberstufenzentren und der Hochschulen müssen für die berufliche Weiterbildung erschlossen werden. Das Beschäftigungssystem und die Systeme der beruflichen Erstausbildung müssen auch in Berlin aufeinander bezogen, miteinander verknüpft und durchlässig gestaltet werden.

Der zweite Bildungsweg als Teil der Berliner Schule muß dem Bedarf entsprechend erhalten bleiben und weiter entwickelt werden. Da sich die Voraussetzungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. durch zunehmende Probleme auf dem Arbeitsmarkt gewandelt haben und eine gestiegene Nachfrage nach Schulabschlüssen die Folge ist, sind eine Intensivierung der Information und Beratung, erleichterte Aufnahmebedingungen bei den beruflichen Voraussetzungen und eine Anrechnung vorheriger Schulzeiten erforderlich. Neben einer Anpassung der personellen und materiellen Ausstattung an die übrige Berliner Schule ist eine enge Kooperation von Einrichtungen, die verschiedene Abschlüsse vermitteln, im Sinne einer „Gesamtschule für Erwachsene“ anzustreben.

Zur Qualitätssicherung der Weiterbildung ist eine zunehmende Professionalisierung dieses Bildungsbereiches unabdingbar. Die Sicherstellung einer Grundversorgung in allen Regionen ist eine wichtige öffentliche Aufgabe.

.....

Den Berliner Volkshochschulen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Aufgabe zu. Als Orte der Begegnung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen haben sie eine nicht zu unterschätzende Initiativfunktion für berufliche, kulturelle und politische Entwicklungsprozesse. Ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu Initiativgruppen und Vereinen ist eine gute Voraussetzung für eine Gestaltungs- und Moderatorenfunktion im Bereich der dezentralen Weiterbildung. Mit ihren vielfältigen Angeboten bieten sie eine kommunale Dienstleistung, die künftig auch eine bessere Abstimmung mit den unterschiedlichen Trägern der Weiterbildung und eine engere Zusammenarbeit mit ihnen beinhalten muß, um bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsangebote auch unter Berücksichtigung einer lokalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik anbieten zu können.

Leben in der Stadt Berlin

Eine lebenswerte Stadt braucht eine stadtverträgliche Mobilität

Die Gesellschaft der Zukunft braucht eine intelligente Organisation von Mobilität. Verkehrspolitisches Leitbild für Berlin muß eine effiziente, stadt- und umweltverträgliche Mobilität sein. Danach hat jedes Verkehrsmittel seinen Anwendungsbereich. Für die dicht bebaute und besiedelte Innenstadt sowie für vergleichbare Stadtteile heißt dies: Vorrang für den stadtverträglichen Wirtschafts- und Dienstleistungsverkehr sowie für den öffentlichen Personennahverkehr. Der Straßenneubau in der Innenstadt ist abgeschlossen. Wir wollen eine fußgänger- und fahrradfreundliche Gestaltung des vorhandenen Straßenraumes.

Unsere Verkehrspolitik ist zudem ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die SPD will Berlin zu einem Kompetenzzentrum für stadtverträgliche Mobilität entwickeln. Durch den Ausbau eines effizienten und umweltverträglichen Verkehrssystems mit neuen Verkehrstechnologien, Informations- und Kommunikationssystemen sowie Dienstleistungen werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert. Der Aus- und Neubau von Verkehrswegen im ÖPNV hat eine erhebliche Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt. Die Investitionen müssen zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo eine große Zahl von Arbeitsplätzen für regionale Firmen geschaffen wird. So werden z.B. durch Investitionen in den Bau von modernen Straßenbahnstrecken etwa viermal so viele Arbeitsplätze vor Ort geschaffen wie im hochtechnisierten U-Bahn-Bau.

.....

Der Verkehr in der Hauptstadt wird von vielen Berlinerinnen und Berlinern als große Belastung empfunden. Das ist nicht nur ein subjektives Gefühl, sondern das schlägt sich auch in aktuellen Zahlen nieder. Der Verkehr in Berlin nimmt stetig zu. Für die Menschen in der Stadt bedeutet dies immer mehr Lärm und immer schlechtere Luft. Die Luft- und Lärmbelastungen in den Straßen müssen so weit gesenkt werden, daß keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Dafür setzt sich die Berliner SPD ein. Deshalb wollen wir endlich den bundesrechtlich vorgesehenen Lärm-minderungsplan für Berlin verabschieden und umsetzen. Hierzu gehört auch die Einführung von Lärmschutzzonen in Wohngebieten, die nachts nur noch von lärmarmen LKW's befahren werden dürfen. Das vom Senat beschlossene Innenstadtkonzept („Ohne Kat nicht in die Stadt“) für die Senkung der Dieselußmission wollen wir umsetzen.

Die SPD wird vorhandene verkehrsreduzierende Stadtstrukturen (z.B. die Berliner Mischung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen) bewahren und fördern. Pkw-Verkehr kann zudem vermieden werden, wenn einer Zersiedlung des Umlands entgegengesteuert wird und eine Flächenerschließung vorrangig für Gebiete erfolgt, die mit schienen-gebundenen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Auch im Güterverkehr muß Verkehr durch Leerfahrtenminimierung und bessere LKW-Auslastung (Citylogistik) vermieden und effizienter gestaltet werden.

Wir begrüßen den Ausbau Berlins zu einem wichtigen Eisenbahnknoten und den Wiederaufbau des Streckennetzes. Eine Inbetriebnahme darf jedoch nicht zu unverträglichen Lärmbelastungen führen und die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen. Wesentliche Netzergänzungen, so z.B. die Anhalter und Dresdener Bahn, sind daher als Neubauvorhaben einzustufen, um einen maximalen Lärmschutz durch den Einsatz eines Bündels von aktiven Schutzmaßnahmen einschließlich Geschwindigkeitsreduzierungen zu bewirken. Beim Ausbau sind zudem präventive Schutzmaßnahmen an den Gleisanlagen vorzusehen.

Strategien der Verkehrsverlagerung und Vernetzung

Wir werden Maßnahmen ergreifen, die zu einer stärkeren Verlagerung des Autoverkehrs auf den Umweltverbund (Fußgänger-, Fahrradverkehr, Bahnen und Busse) führen. Das strategische Ziel für die Berliner Innenstadt ist eine Verkehrsaufteilung von 80:20 (ÖPNV zu Pkw-Verkehr), für die äußeren Stadtgebiete von 60:40. Im Berliner Stadtgebiet sollen zusätzlich 500.000 Fahrten pro Tag auf Bahnen und Busse verlagert werden. Die SPD will im Dialog mit der Bevölkerung bis zum Jahr 2003 folgende



Maßnahmen umsetzen:

- Um die Attraktivität der BVG und S-Bahn zu erhöhen, muß eine deutlich verbilligte Umweltkarte für Berlin angeboten werden.
- Alle Strecken der Berliner Straßenbahn müssen beschleunigt werden.
- Es werden neue Busspuren (entsprechend dem BVG-Konzept) eingerichtet und bei allen Buslinien Beschleunigungsmaßnahmen durchgeführt.
- Es werden neue Radverkehrswege angelegt, die über eigene Titel im Berliner Landeshaushalt abgesichert sind.
- Für Fußgänger sollen bessere und sichere Querungsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Das Parkraummanagement muß unter Berücksichtigung der Belange der Anwohner und des Wirtschaftsverkehrs in der Stadt ausgeweitet werden.
- Neue Kunden für Busse und Bahnen müssen durch Mobilitätsberatung (z.B. in den Betrieben und Behörden), Jobtickets und Semestertickets gewonnen werden.
- Das Auto muß durch Förderung von Car Sharing (Genossenschaftsauto) sowie Förderung von Car Pooling (Bildung von Fahrgemeinschaften) intelligenter genutzt werden.

-
- Der Durchgangsverkehr durch Wohngebiete muß im Interesse der Anwohner unterbunden werden. Projekte zur Umsetzung des autoarmen Wohnens sind zu unterstützen.
 - Durch Ausbau von Güterbahnhöfen, Anwendung neuer Logistikkonzepte und Förderung der regionalen Privatbahnen in Berlin ist mehr Lkw-Verkehr auf die Schiene zu verlagern.
 - Durch Forschungsprojekte sind innovative Verkehrslösungen für die Flächerschließung und die Anbindung der Schnellbahnhöfe zu entwickeln.

In Berlin sind viele Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich der Mobilitätswirtschaft tätig, u.a. die drei größten deutschen Anbieter von Schienenfahrzeugen und gleichzeitig die drei größten Abnehmer von Schienenverkehrssystemen. Die bisher unzureichende Kooperation und Koordination muß durch eine Vernetzung aller Akteure und Systeme verbessert werden. Noch sind vier konkurrierende Senatsverwaltungen für Technologie zuständig. Dies wird die Berliner SPD durch ein modernes und effektives Management auf Senatsebene ändern.

Bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur hat der Umweltverbund Priorität. Das vorhandene Berliner Hauptverkehrsstraßennetz ist grundsätzlich ausreichend. Vorrang hat die Sanierung und städtebauliche Umgestaltung des bestehenden Straßennetzes. Dieses ist für den Güterverkehr durch verbesserte Logistik effizienter zu gestalten. Eine Ausnahme ist der Neubau der Altstadtumfahrung Köpenick, die aufgrund der besonderen geographischen Lage dringend notwendig ist. Eine zweite Ausnahme bildet die Straßenanbindung des neuen Flughafens in Schönefeld. Die SPD lehnt den umstrittenen Neubau der B 101 im Süden Berlins durch Wohngebiete und Grünanlagen ab und will ihn durch neue Logistikkonzepte und bessere ÖPNV-Verbindungen überflüssig machen.

Für uns hat die Erweiterung des Straßenbahnnetzes Vorrang vor dem U-Bahn-Bau. Die SPD hat im Abgeordnetenhaus einen Beschluß über neu zu bauende Straßenbahnen herbeigeführt. Sie sollen die Anbindung des zukünftigen Lehrter Bahnhofs und der Stadtmitte verbessern, neue Entwicklungsgebiete (z.B. Adlershof) besser erschließen und vorhandene Defizite im Schienennetz beseitigen. Die SPD will die noch nicht umgesetzten Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode realisieren. Darüber sollen folgende Straßenbahnprojekte umgesetzt werden:

- Alexanderplatz - Spittelmarkt - Leipziger Straße - Potsdamer Platz - Magdeburger Platz mit späterer Verlängerung zum Bahnhof Zoo und zum Rathaus Steglitz)
- Warschauer Str. - Schlesisches Tor - Hermannplatz
- Lehrter Bahnhof - Alt Moabit - U-Bhf. Turmstr.

-
- Rathaus Pankow - U-Bhf. Osloer Str. (spätere Verlängerung S-Bhf. Wedding - U-Bhf. Turmstr.)
 - Virchow-Klinikum - S-Bhf. Beusselstraße - U-Bhf. Turmstraße
 - Landsberger Allee - Ostbahnhof (spätere Weiterführung zum U-Bhf. Spittelmarkt)
 - Straßenbahnverlängerung Johannistal - U-Bhf. Zwickauer Damm
 - Verlängerung Rosental - Märkisches Viertel - U/S-Bhf. Wittenau
 - Da der neue Lehrter Bahnhof bzgl. der ÖPNV-Anbindung ein Defizit in Nord-Süd-Richtung haben wird, hat der Bau der S-Bahn S21 hohe Priorität. Zur besseren Nord-Anbindung muß in der nächsten Legislaturperiode mit dem Bau des relativ preiswerten Nord-Abschnitts der S 21 (zunächst als Stichbahnstrecke mit östlicher und westlicher Einführung in den Nordring) begonnen werden..

Mehr Qualität im ÖPNV durch Wettbewerb

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind mit 16.000 Beschäftigten und einem erheblichen Investitionsvolumen über ihre Funktion im Berliner Nahverkehrsnetz hinaus ein bedeutender regionaler Wirtschaftsfaktor. Wir wollen auf die Stärken des Unternehmens BVG und seiner Beschäftigten setzen. Wir begrüßen daher die gemeinsamen Bemühungen von BVG-Vorstand, Gesamtpersonalrat und ÖTV, zu einem Konzept für die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit durch das Unternehmen aus eigener Kraft zu kommen. Eine funktionstüchtige Berliner Lösung hat für uns Vorrang vor einer Beteiligung Dritter am kommunalen Verkehrsunternehmen BVG. Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der SPD beschlossen, das gemeinsame Sanierungskonzept BSU 2000 durch einen neuen Unternehmensvertrag abzusichern. Die BVG und ihre Beschäftigten haben Anspruch auf Klarheit bei den Vertragsbedingungen. Wir werden die BVG und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung des Konzeptes unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen in der Verkehrspolitik schaffen.

Die Verkehrsunternehmen und insbesondere die BVG müssen die Qualität des Verkehrsangebotes und der Kundenorientierung weiter verbessern. Die SPD will das neue EU-Recht zur Einführung von mehr Wettbewerb dazu nutzen, Qualität und Service sowie den Grad der Kostendeckung durch modernste Arbeitsorganisation der Verkehrsunternehmen zu verbessern. Die BVG muß für den Wettbewerb schnellstmöglich fit gemacht werden. Der Senat muß Qualitätskriterien wie Pünktlichkeit, Sauberkeit, Anschlußsicherung und Fahrgastinformationen mit den Verkehrsunternehmen vertraglich vereinbaren und kontrollieren. In die Kontrolle sollen die Fahrgastverbände mit einbezogen werden. Insbesondere Frauen sind auf den ÖPNV angewiesen. Die SPD wird dieser Tatsache im Rahmen ihrer innovativen Verkehrspolitik Rechnung tragen.

.....

Die SPD will einen Verkehrsverbund, der für den einzelnen Fahrgast spürbare Verbesserungen bringt. Sie will einen schlanken Verbund, der kostengünstig arbeitet, in dem er bestimmte zentrale Aufgaben an beteiligte Verkehrsunternehmen weiter delegiert (Modell des Hamburger Verkehrsverbundes). Der Verkehrsverbund muß dem Kunden leicht verständliche, attraktive und marktgerechte Tarifangebote machen, die gegenüber dem Pkw konkurrenzfähig sind. Mit dem Verkehrsverbund muß eine bessere Fahrplanabstimmung und Anschlußsicherung in der Region - auch zwischen Bus und Bahn - und ein benutzerfreundliches Informationssystem (z.B. Fahrplanbücher, Disketten, CD's) angeboten werden.

Eine umweltverträgliche Anbindung des neues Flughafens Schönefeld

Im Zusammenhang des Ausbaus des Flughafens Berlin-Brandenburg-International werden die innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel geschlossen. Die Berliner SPD steht zum Konsensbeschluß der Flughafengesellschaften Bund, Brandenburg und Berlin vom Mai 1996. Danach wird der Flughafen Tempelhof geschlossen, wenn die gerichtlich überprüfte und rechtskräftige Planfeststellung für den „Single-Standort“ Schönefeld vorliegt. Die Verkehrsanbindung muß umweltverträglich und serviceorientiert mit Integration in den Berliner Stadtтарif und Kombitickets Bahn/Flug erfolgen. Priorität hat die Schiene. Der Flughafen-Express wird den Flughafen über Lichtenrade alle 15 Minuten in nur 20 Minuten Fahrzeit mit der Berliner Innenstadt verbinden. Die notwendige Straßenanbindung des Flughafens über die Teltowkanalautobahn fällt in die Verantwortung des Bundes.

Bauen und Wohnen in Berlin

Ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist Kernbestand sozialdemokratischer Politik. In Berlin sind seit 1990 ca. 150.000 Wohnungen gebaut und eine vergleichbare Anzahl instandgesetzt worden. Es herrscht derzeit ein Mietermarkt. Ganze Bereiche des sozialen Wohnungsbaus sind nicht mehr billiger als die ortsübliche Vergleichsmiete. Dennoch brauchen wir einen ausreichenden Grundbestand an Wohnungen, deren Belegung staatlich steuerbar ist. Die Wohnkosten dürfen sich bei öffentlichen geförderten Wohnungen nicht an den Förderungsjahrgängen orientieren. Sie müssen bestimmt sein durch die Qualität und Lage des Wohnraums, die Kosten für vergleichbaren Wohnraum und die Einkommenssituation der Mieter. Die Förderkonditionen müssen überprüft und ggf. durch Vertragsänderungen diesen neuen Bedingungen angepaßt werden. Flankierend können Mietzuschüsse gezahlt und Kappungs-

.....
grenzen eingeführt werden, um Mietgerechtigkeit zu erreichen. Das Wohngeld ist der aktuellen Mietentwicklung anzupassen und in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, dabei sind unterschiedliche Regelungen in Ost und West zu vereinheitlichen.

Wir streben ein gestreutes Wohneigentum vor allem ehemaliger Mieter an. Auch wenn mehr selbstgenutztes Wohneigentum entsteht, wird Berlin eine Mieterstadt bleiben.

Der Anteil der Wohnungen mit Sozialbindungen am Berliner Wohnungsbestand wird sich durch das Auslaufen der Förderung in den nächsten Jahren weiter reduzieren. Der Belegungspolitik von Behörden und städtischen Gesellschaften kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Eine strategische Politik in Form eines Belegungsmixes ist ein Schlüssel zur Stabilisierung auch der Großsiedlungen und fördert den Quartiersfrieden. Sie ist kooperativ anzulegen und mit den Wohnungsunternehmen, den Bezirken und Mieterbeiräten (Bewohnerbeteiligung) gemeinsam vorzunehmen.

Die starren Belegungsbindungen müssen durch vertragliche Vereinbarungen, wie dem in Berlin schon praktizierten Kooperationsvertrag, flexibler gestaltet werden. Als Gegenleistung zu den Fördermitteln, die die Unternehmen erhalten haben, sichern sie die Versorgung von Haushalten mit Wohnraum zu. Sie weisen die Erfüllung nach, müssen die berechtigten Haushalte aber nicht in bestimmten oder im eigenen Wohnungsbestand unterbringen; sie können auch mit anderen Unternehmen kooperieren. Kooperationsverträge sind seitens des Landes Berlin nicht nur mit städtischen Wohnungsunternehmen, sondern auch mit den Genossenschaften zu schließen.

Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß die heutigen Mieter in den ehemaligen Alliierten-Wohnungen auf Dauer wohnen können. Sie fordert darüber hinaus von der Bundesregierung ein neues Konzept zur Verwendung dieser Wohnungen, in dem die Belegungsbeschränkungen auf Bundesbedienstete aufgegeben und die Möglichkeit einer Vermietung an alle anderen Wohnungssuchenden festgeschrieben wird.

Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt es, besondere Wohnformen finanziell zu sichern. Menschenwürdiges Wohnen für Haushalte, die besondere Anforderungen an Wohnungsgestaltung und Ausstattung auf Grund ihrer gesundheitlichen und sozialen Situation stellen und die nicht über den Markt oder das vorhandene Wohnungsangebot abgedeckt werden, bleibt Aufgabe des Landes Berlin.

Angesichts einer geringeren Neubautätigkeit kommt der erhaltenden und kostensparenden Stadterneuerung eine besondere sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu. Die Fortsetzung der Modernisierungs- und Sanierungsprogramme im Platten- und Altbau ist sicherzustellen. Auch die Maßnahmen zur Städtebauförderung und Stadt-

.....
entwicklung verdienen unsere besondere Förderung und Beachtung.

Um die Situation der Unternehmen und Beschäftigten im Baubereich zu stabilisieren, sind auch weiterhin öffentliche Investitionen notwendig. Diese haben eine hohe konjunktur-, struktur- und arbeitsmarktpolitischen Wirkung, die zugleich einer vernünftigen sozial und ökologisch notwendigen Stabilisierung von Stadtstrukturen dient.

Berlin hat derzeit ca. 1,5 Mio Wohnungen. Etwa 400.000 Wohnungen gehören den städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Darüber hinaus gibt es ca. 180.000 Genossenschaftswohnungen und weitere ca. 185.000 Sozialwohnungen im Privatbesitz. Mit diesen Wohnungen, die rund die Hälfte des Gesamtbestandes ausmachen, wird ein spekulationsfreier Wohnungsmarkt gesichert. Selbst bei einer Verringerung des öffentlichen Wohnungsbestandes bleibt Berlin der größte Wohnungseigentümer und -anbieter.

Die Berliner SPD unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsgenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungs- und Mietenpolitik. Wir wollen auch in Zukunft die Gründung von neuen Wohnungsbaugenossenschaften und insbesondere auch alle Genossenschaftsmitglieder in vergleichbarer Weise wie Wohnungseigentümer fördern.

Der Berliner Weg der Haushaltskonsolidierung erfordert auch Beiträge aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft. Dabei muß der Senat soziale Mieterrechte sichern, darf das Vermögen des Landes nicht entwerten und hat einen relevanten öffentlichen Anteil am Wohnungsmarkt dauerhaft zu sichern. Der Konsolidierungsbeitrag soll deshalb vorrangig erbracht werden,

- durch den Verkauf der Anfang der 90iger Jahre von den Bezirken unentgeltlich auf die städtischen Wohnungsgesellschaften übertragenen Wohnungen an die Wohnungsbaugesellschaften,
- durch die vorzeitige Ablösung von Annuitätshilfen und Aufwendungsdarlehen für den sozialen Wohnungsbau,
- durch die Fortsetzung der In-sich-Geschäfte, wenn die gegenseitige Übernahme die Wohnungsbaugesellschaften stärkt, wie z.B. zwischen „Stadt und Land“ und der Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf,
- durch Prüfung, ob die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und der Gang an die Börse ein Instrument zur Schaffung eines breiten Aktienbesitzes einerseits ist und andererseits der Börsengang den Wert des Unternehmens angemessen widerspiegelt,
- durch den Verkauf städtischer Wohnungen an Wohnungsbaugenossenschaften,

-
- durch den Erwerb von Erbbaurechtsgrundstücken Berlins durch städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

Erst wenn nachgewiesen ist, daß diese Maßnahmen die erforderlichen Beiträge zur Deckung des Haushalts nicht erbringen, kann ein Verkauf von Anteilen städtischer Wohnungsbaugesellschaften notwendig werden. Dabei ist sicherzustellen, daß in der Ausschreibung Angebote für bis zu 49,9 % (Minderheitsbeteiligung) und bis zu maximal 74,9 % (Mehrheitsbeteiligung - Sperrminorität von 25,1 % bleibt beim Land Berlin, damit die wesentlichen Zielsetzungen der Gemeinnützigkeit dauerhaft in der Satzung verankert bleiben) der Anteile einer Gesellschaft eingeholt werden. Auf dieser Grundlage wird die SPD ihre Position zur verbleibenden Beteiligung des Landes Berlin überprüfen.

Bei einem Verkauf muß zudem sichergestellt sein, daß

- ein marktbeeinflussender, relevanter öffentlicher Wohnungsbestand erhalten bleibt,
- Eigenbedarfskündigungen ausgeschlossen werden,
- der neue Eigentümer Mieter- und nicht Fremdprivatisierung forciert,
- die Arbeitnehmerrechte gewahrt bleiben,
- Luxusmodernisierungen, die zu hohen Mietsteigerungen führen, ausgeschlossen bleiben,
- der Sitz des Unternehmens in Berlin verbleibt,
- der Fortbestand des Unternehmens garantiert bleibt.

Als Käufer und Vertragspartner kommen für das Land Berlin nur Investoren mit langfristigem Bindungsinteresse in Frage, die die Gemeinwohlorientierung des Unternehmens zur Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum fortsetzen.

Die Schaffung von Mischstrukturen von privaten, städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbeständen sowohl für Mieter wie für Eigentümer dient der sozialen Stabilisierung der Quartiere. Die Forderungen der SPD zum Erwerb von neuem Wohneigentum wurden auf Bundesebene weitgehend umgesetzt. Die Berliner Wohnungspolitik muß nunmehr die Eigentumsförderung auf den Bestand ausweiten.

Die Veräußerung von städtischen Wohnungen an Investoren ist für die SPD nur vertretbar, wenn diese den Mieterschutz nicht einschränken und sich an den Strategien zur Stabilisierung der Siedlungsgebiete beteiligen.

Um vielen Menschen den Erwerb von Eigentum zu ermöglichen, sind verschiedene

.....
Verkaufsmodelle möglich.

Die Veräußerung von Wohnungen an Mieter - sowohl als individuelles Eigentum wie auch in Form von Genossenschaftslösungen - soll umfassend unterstützt werden. So kann die Übertragung von Fördermitteln an die bisherigen Bewohner für viele Haushalte den Kauf erleichtern. Kaufpreisstundungen oder Rücknahmeverpflichtungen können Sicherheit bei der Kaufentscheidung geben.

Bei der Veräußerung von Beständen der Wohnungsunternehmen sind Mieterinteressen vorrangig zu berücksichtigen.

Sozialen Frieden auf dem Bausektor wiederherstellen

Tarife und Tarifvertragsstreue sind wichtige Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung auf dem Berliner Bausektor zeigt, daß diese Eckpfeiler des sozialen Friedens verloren gehen. Es kann nicht hingenommen werden, daß in unserer Stadt wichtige wirtschaftliche Sektoren als tariffreie Räume existieren. Die Berliner SPD wird ihre Anstrengungen zur Wiederherstellung des sozialen Friedens im Bausektor verstärken und mit dafür Sorge tragen, daß die illegale Beschäftigung eingedämmt und das Lohndumping auf den Berliner Baustellen bekämpft wird. Auch die vielfältigen Formen von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit am Bau, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, unerlaubter Handwerksausübung und Leistungsmissbrauch verlangen gezielte Gegenmaßnahmen. Wir wollen schärfere Sanktionen, eine effektivere Zusammenarbeit mit den verschiedenen Verfolgungsbehörden und eine Erweiterung der Rechts- und Amtshilfe mit den EU-Ländern und den MOE-Staaten.

Stadtentwicklung

Ziel sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik ist es, der Abwanderung und Verdrängung des Wohnens aus der Innenstadt entgegenzuwirken. Insbesondere einer Zersiedlung des Umlandes und einer "Ausfransung" am Stadtrand muß entgegen gewirkt werden. Die Innenstadt muß als lebenswerter Stadtraum erhalten werden. Einen wichtigen Beitrag muß eine Integration der Verkehrs- in die Stadtentwicklungspolitik leisten. Die Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt (z.B. saubere Luft, weniger Lärm) kann dazu beitragen, die Abwanderung der Bevölkerung in das Umland zu bremsen und durch Vermeidung von Steuerausfällen die Finanzkraft der Stadt zu stärken.



Wohnen und Leben findet in einem Austausch zwischen der Stadt und dem Umland statt. Dies macht eine gemeinsame und bindende Landesplanung der beiden Länder Berlin und Brandenburg notwendig. Nur so kann verhindert werden, daß Fehlentwicklungen entstehen.

Für Familien mit Kindern ist die Abwanderung ins Umland oftmals die Erfüllung ihrer Wohnvorstellungen im Grünen. Berlin sollte deshalb auch aus steuerpolitischen und ökologischen Gründen im städtischen Bereich Eigentums- und Wohnangebote schaffen, die den unterschiedlichen Nutzergruppen Perspektiven für ein Verbleiben in der Stadt geben.

Wir wollen die Großsiedlungen durch Wohnumfeldverbesserungen weiter aufwerten. Die Selbstverantwortung und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bewohner sind zu stärken. Eigentumsmaßnahmen sollen in diesen Gebieten zu einer Stabilisierung der Wohnbevölkerung führen. Genossenschaftliche Ansätze sind zu fördern.

Die SPD will Programme zur Förderung neuer Nachbarschaften unterstützen, um eine

••••• weitere Zuspitzung sozialer Konfliktlagen zu verhindern. Hierzu bedarf es der gebietsbezogenen Bündelung bestehender Programme (Städtebau, Wohnen, Arbeit, Schule, Soziales usw.). Es werden Modelle entwickelt, die eine enge Mitwirkung der Bewohnern ermöglichen und sie in Entscheidungsprozesse im Wohnquartier einbezieht.

Eine dem historischen Ort gerecht werdende Gestaltung des Schloßplatzes muß in der nächsten Wahlperiode gelingen. Für diesen zentralen Platz sollte eine architektonische Lösung gefunden werden, die die Etappen der deutschen Geschichte erkennbar werden läßt und insbesondere auch die jüngste Vergangenheit, die durch die deutsche Zweistaatlichkeit geprägt war, dokumentiert. Gleichzeitig sollte der Entwurf nach vorne weisen und die Bedeutung der Bundeshauptstadt für den gesamteuropäischen Einigungsprozeß eindrucksvoll verdeutlichen.

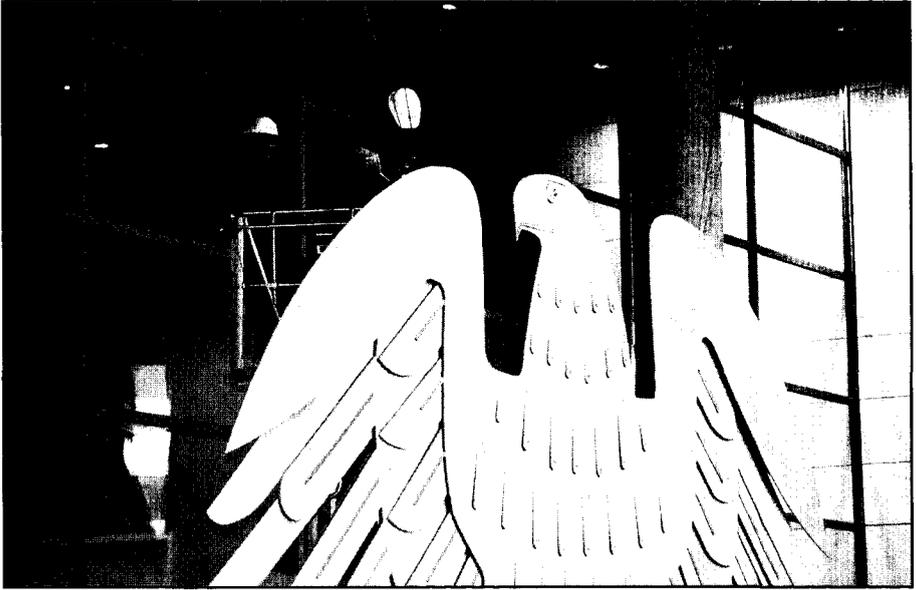
Die Beseitigung des Asbests im Palast der Republik ist notwendig. Ob und in welchem Umfang das dann entkernte Gebäude in eine städtebauliche Neuordnung des Schloßplatzes einbezogen werden kann, hängt von den Ergebnissen der Investoren- und Bauwettbewerbe ab.

Berlin als Bundeshauptstadt muß auch räumlich zusammenfinden. Die beiden Zentren City-Ost und City-West sind unter Einbeziehung des Regierungsviertels zu verbinden. Der Erreichung der o.g. Ziele dient auch die Diskussion und Weiterentwicklung des „Planwerk Innenstadt“.

Die Berliner Struktur mit einer Vielzahl von bezirklich orientierten Subzentren muß weiter entwickelt werden. Neubauprojekte sollen auch dort eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe erhalten. Die wohnungsnahen Versorgung hat Vorrang vor einer Konzentration von Handel und Gewerbe.

Die Ausweisung großflächiger Sanierungsgebiete in den westlichen Bezirken hat oft nicht zur „Heilung“, sondern zu einer zusätzlichen Verschärfung der Probleme in den Gebieten beigetragen. Die SPD setzt in Zukunft auf abgestimmte kleinteilige Maßnahmen der Stadterneuerung. Sie sollen sich auf die wirklichen städtebaulich problematischen Situationen konzentrieren. Bestehende Sanierungsgebiete sind zu reduzieren und aufzuheben, wenn es die Situation zuläßt.

Die Größe und der Umfang der Entwicklungsgebiete sind zu überprüfen. Die weitere Fortführung dieses Instruments ist den finanziellen Möglichkeiten Berlins und den aktuellen Nachfragesituationen auf dem Wohnungsmarkt und den Finanzierungsmög-



lichkeiten anzupassen.

Öffentliche Grünflächen und Kleingärten sind prägend für die Stadt und das Stadtklima. Die SPD wird diese Freizeit- und Erholungsflächen weiterhin sichern. Der Pflege des öffentlichen Grüns gilt unsere besondere Sorge. Sinnvolle städtebauliche Ergänzungen werden wir gemeinsam mit den Nutzern entwickeln. Innerstädtische, verkehrlich gut erschlossene Flächen können im Einzelfall herangezogen werden, um durch Wohnungsbau Abwanderungen zu verhindern. Sollten deshalb im Einzelfall Kleingärtner ihre Parzellen räumen müssen, ist Ersatzgelände anzubieten. Die SPD will die Zahl der gesicherten Kleingärten erhalten.

Die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt erfordert einen behutsamen Umgang mit historischen Gebäuden. Sie sind ein wichtiger Teil des Kulturgutes unserer Stadt. Die SPD setzt sich dafür ein, daß denkmalgeschützte Gebäude bei der Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung Vorrang haben und auf Bundesebene weiter steuerlich berücksichtigt werden. Denkmalschutz erfordert aber auch private Initiativen; die Einrichtung einer privaten Stiftung könnte Partnerschaften von Bürgern mit Denkmälern ermöglichen.

Berlin muß kinderfreundlicher werden. In der Stadtentwicklung sind besonders dieje-

.....
nigen Gruppen zu berücksichtigen, die über eine nicht so starke Lobby verfügen. Berlin braucht Freiräume für Kinder.

Die immer noch stark männliche Domäne des Bauens und Stadtgestaltens muß mehr von Frauen beeinflußt werden. Der Frauenbeirat in der Senatsbauverwaltung ist deshalb mit den ihm zugedachten Kompetenzen und Arbeitsmöglichkeiten auszustatten. Soziale Stadtentwicklung muß so gestaltet sein, daß Frauen die Chance haben, sich einzumischen und Veränderungen durchzusetzen. Dazu gehört eine Stadt- und Verkehrsplanung, die den Sicherheitsinteressen von Frauen gerecht wird.

Ausländer sind Bürger unserer Stadt

Die Geschichte Berlins ist wesentlich durch Menschen geprägt worden, die aus vielen anderen Ländern zugewandert sind. Sie sind ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft geworden und tragen zur wirtschaftlichen und kulturellen Bereicherung unserer Stadt bei. Unter Integration verstehen wir das von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägte Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Rechtliche Gleichstellung und gleiche Teilhabechancen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind dafür Grundvoraussetzung.

Die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ist ein erster, längst überfälliger aber noch nicht ausreichender Schritt. Gerade in der Metropole Berlin hat die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger höchste Priorität. Die Anerkennung der hier Geborenen als deutsche Staatsbürger ist in diesem Sinne ein wichtige und notwendige Maßnahme. Die Wartezeiten bei der Einbürgerung sind in vielen Bezirken unzumutbar lang und wirken kontraproduktiv.

Aushänge und Infoblätter der Ausländerbehörde sind in den Zuwanderersprachen sowie in englischer Sprache zu verfassen. Dringend erforderlich ist mehr Aufklärung und Beratung über die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Verbesserung und Absicherung des Aufenthaltsstatus` der Migrantinnen und Migranten, die dort vorstellig werden. Auch sollten Qualitätsverbesserungen in der Organisation der Ausländerbehörde (z.B. Terminvergabe) im Hinblick auf das Kriterium „Kundenbetreuung“ eingeführt werden.

Kindern aus Migrantenfamilien leiden oftmals unter erheblichen Sprachproblemen. Wichtig ist die finanzielle Absicherung von Kursen "Deutsch als Zweitsprache" für ausländischen Eltern und Kinder in Schulen und Kitas. Dabei soll die besondere interkulturelle Kompetenz dieser Kinder berücksichtigt werden.

.....

Weiterhin wird eine Offensive zum verstärkten Angebot an Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten gestartet. Dies ist besonders wichtig, weil auch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz die Überprüfung der deutschen Sprachkenntnisse vorsieht.

Wir setzen uns dafür ein, daß ausländische Frauen in ihrem Bemühen um Eigenständigkeit unterstützt werden. Dazu gehört vor allem ein konsequent umgesetztes eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen und Frauen in eheähnlichen Gemeinschaften. Wir wollen, daß die speziellen Angebote für ausländische Frauen und Mädchen, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben und zu verbessern, ausgebaut werden.

Für ältere Migrantinnen und Migranten ist eine Altenhilfe zu fördern, die die Bedürfnisse dieser Zielgruppe berücksichtigt. Dies umfaßt auch die Fortbildung der in der Altenhilfe Tätigen, um sie auf die Arbeit mit älteren Migrantinnen und Migranten vorzubereiten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit betrifft die Migrantenbevölkerung überdurchschnittlich stark. Hier sind Maßnahmen und Wege zu fördern, die auf diese Zielgruppe zugeschnitten sind. Deren ökonomisches Potential ist wesentlich besser zu nutzen. Dabei werden die Existenzgründer mit Beratungsangeboten unterstützt. Die Ausbildungsmöglichkeiten der nicht deutschen Gewerbetreibenden sollen ausgeschöpft werden. Die allgemeinen Qualifizierungsmaßnahmen gehen oftmals an den Notwendigkeiten vorbei, z.B. berufsbezogener Fachsprachenunterricht ist dringend erforderlich.

Das Programm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ist gezielt für Jugendliche aus der Migrantenbevölkerung zu nutzen, um auf sie und ihre Bildungsbedürfnisse zugeschnittene Qualifizierungs- oder Unterstützungsmaßnahmen zu verwirklichen.

Angebote für ältere Menschen schaffen

Die SPD setzt sich für einen Landesseniorenplan ein. Dieser soll fortgeschrieben und die Bedürfnisse und Wünsche der über 500.000 älteren Mitbürger der Stadt erfassen und als ständige Planungsunterlage bei allen Entscheidungen Berlins dienen.

Die Berliner SPD setzt sich für bedarfsgerechte Formen des Wohnens im Alter ein. Dieses reicht von der altengerechten Ausstattung der eigenen Wohnung über Formen des betreuten Wohnens bis hin zu Altenheimen und Altenpflegeheimen.

.....

Eine SPD-geführte Berliner Landesregierung wird bei der Bundesgesetzgebung darauf achten, daß bei der anstehenden Rentenreform das Augenmaß für die Interessen der jüngeren wie der älteren Generationen gewahrt bleibt. Wir wollen eine armutsfeste, leistungsgerechte und solide finanzierte Rentenreform unter Einbeziehung aller Einkommen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß immer mehr Menschen eine flexible und sprunghafte Erwerbsbiographie haben.

Die Einführung der Pflegeversicherung hat eine wichtige Lücke im sozialen Netz geschlossen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Durch vermehrte Kontrollen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Qualität sowohl der ambulanten als auch der stationären Angebote gesichert wird.

Behindertenfreundliches Berlin

Unser Ziel ist es, den Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir wollen die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe dieser Menschen. Die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der „Leitlinien zum Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt“ gehören dazu ebenso wie die Ausfüllung des mit großen Mühen geschaffenen „Gesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderungen“ (Landesgleichberechtigtungs-Gesetz).

Bereits in der Vergangenheit haben Stadt und Bezirke durch entsprechende bauliche Maßnahmen öffentliche Flächen behindertengerecht gestaltet. Diese Politik wird fortgeführt, und es wird angestrebt, daß auch andere gesellschaftliche Bereiche wie z. B. der Einzelhandel an der Gestaltung behindertenfreundlicher Bezirke mitwirken.

Menschen mit Behinderungen müssen am Berufsleben teilhaben können. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die Qualifikation und Motivation dieser Menschen zu verzichten. Der unterschiedlichen Art und Schwere von Behinderung muß Rechnung getragen werden, indem vielfältige Angebote und Förderungen bereitgestellt werden. Darunter fallen insbesondere Werkstätten für Behinderte, Integrationsfirmen, Fachdienste und gezielte Qualifikationsangebote.

Sportstadt Berlin

Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur individuellen und sozialen Entwicklung des Menschen. Sport trägt zur körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung von Kin-

.....
dern und Jugendlichen bei. Den Sport in all seinen Ausprägungen, in der Selbstorganisation der Sporttreibenden, in ihren Aktivitäten und in seinen Ereignissen zu fördern und dem Sport optimale Bedingungen zu schaffen, ist das Ziel einer am Leitbild "Sportstadt Berlin" orientierten Politik der SPD Berlin.

Aufgabe des Landes Berlins ist es, den selbstorganisierten Sport zu fördern durch

- Sicherung seiner Autonomie und Stärkung des Ehrenamtes
- Schaffung und Überlassung kommunaler Sportstätten
- Hilfen bei der Schaffung eigener Sportstätten
- finanzielle Förderung der Aktivitäten der Vereine, Verbände und des Landessportbundes.

Die öffentliche Sportförderung ist im wesentlichen eine kommunale Aufgabe und richtet sich an dem Prinzip der Selbstorganisation des Sports aus. Wir wollen, daß dem Sport weitgehende Verantwortung bei der Verteilung der Ressourcen übertragen wird. Zum Beispiel durch:

- mehr Kompetenzen des Landessportbundes bei der Vergabe öffentlicher Mittel für den selbstorganisierten Sport im Rahmen politischer Grundsatzvorgaben,
- durch Beteiligung des Sports bei der Planung neuer Sportstätten,
- bei der Vergabe von Sportstätten und bei der Kontrolle der sachgerechten Nutzung

Wir verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe. Sie muß daher mit anderen Feldern wie Bildungs- und Kulturpolitik und Sozial- und Jugendpolitik kooperieren.

Berlin ist ein wichtiges sportwissenschaftliches Zentrum. Sowohl sportwissenschaftliche Forschung als auch die Sportlehrerausbildung muß gesichert und weiterentwickelt werden. Als ein zentraler Standort für die Sportwissenschaften sollte das Sportforum Hohenschönhausen ausgebaut werden.

Der Sportverein ist unverzichtbare Basis der Sportbewegung und muß von staatlicher Seite im Bemühen unterstützt werden, seinen vielfältigen sozialen Aufgaben gerecht werden zu können. Sport ist für viele Kinder und Jugendliche ein herausragender Teil ihrer Freizeit und prägt ihre individuelle sportliche und gesundheitliche, aber auch ihrer soziale Entwicklung entscheidend. Die Jugendabteilungen der Sportvereine und die Mitgliedsorganisationen der Sportjugend sind die größten Träger der freien Jugendhilfe in Berlin und müssen auch nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) stärker als bisher gefördert werden.

.....

Wir fordern deshalb eine enge Kooperation der Sportjugend und der Sportvereine mit öffentlichen Jugendeinrichtungen wie Kindertagesstätten, Horten, Schülerclubs und Jugendfreizeitstätten sowie ihre Mitarbeit in den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen.

Wir werden auch zukünftig die SportJugendClubs, Mädchenzentren und Kiez-Sportprojekte durch mobile Teams und Kooperationen mit den Berliner Schulen nachhaltig unterstützen.

Talentierte Kinder haben ein Recht auf Förderung ihrer individuellen Anlagen. Dies gilt auch für die Förderung von sportlich begabten Kindern. Ihre Förderung findet in Vereinen und Verbänden statt, die öffentliche Hand hat dies zu unterstützen.

Dabei muß die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Verbänden und den Grundschulen bei einer pädagogisch verantwortlichen und zielgerichteten Talentsuche und Talentförderung ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang spielt die Erhaltung und Entwicklung der drei Sport-Oberschulen in Berlin eine wichtige Rolle. Wir werden nach Wegen suchen, im Bereich des Olympiastadions eine vierte Sport-Oberschule aufzubauen.

Spitzensport ist für die Sporttreibenden eine Möglichkeit, ihre Anlagen optimal zu entwickeln. Zudem sind Sportereignisse ein Teil der Kultur der Stadt.

Bei der Förderung von Spitzensportlerinnen und -sportlern spielt der Olympiastützpunkt Berlin eine herausragende Rolle. Die dort geleistete Arbeit verdient hohe Anerkennung und unsere weitere Unterstützung. Die öffentliche Sportförderung muß gute Bedingungen für das tägliche Training schaffen und bei der sozialen Absicherung der Athletinnen und Athleten einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir wollen Berlin zu einem wichtigen Ort für große internationale Sportereignisse entwickeln. Berlin braucht Spitzenmannschaften im nationalen und internationalen Sport. Ihre Förderung ist ein Beitrag zur Standortqualität der Stadt.

Wir werden die Sportstätten Berlins erhalten und vor allem im Ostteil der Stadt weiter ausbauen. Der Schwerpunkt muß dabei auf eine durch das Land Berlin gesicherte Grundversorgung des Schul- und Vereinssports gelegt werden. Die Sportanlagen müssen behindertenfreundlich bzw. behindertengerecht gestaltet werden.

Das Sportstättenanierungsprogramm ist unverzichtbar. Es muß deshalb fortgeführt



und bedarfsgerecht ausgestattet werden. Das Vereinsbauprogramm soll weiter bestehen bleiben.

Immer größere Bedeutung kommt wohnungsnahen Sportstätten und Sportgelegenheiten zu. Dazu bedarf es einer sportfreundlichen Stadtgestaltung mit veränderbaren, multifunktional nutzbaren Sportgelegenheiten und einem dichten sportlichen Wegesystem (Lauf-, Rad-, Reit- und Wasserwege).

Wir unterstützen das Konzept zur künftigen Nutzung der Deutschlandhalle auch als Eissporthalle, wenn sich dafür eine kostengünstige Lösung finden läßt.

Die Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions ist eines der herausragenden Projekte der kommenden Jahre. Mit einem modernen Olympiastadion schafft Berlin optimale Bedingungen für die Zukunft des Spitzensfußballs und der Leichtathletik, aber auch der Kultur und vielfältigen anderen Großveranstaltungen.

Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheit muß für alle bezahlbar sein. Daher tritt die SPD Berlin entschieden für eine solidarische gesundheitliche Versorgung ein, unabhängig vom Einkommen. Die Forderung nach einer bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung bedeutet aber auch, daß die über dem Bundesdurchschnitt liegende finanzielle Belastung der Beitragszahler in Berlin zurückgeführt wird. Dieses Ziel darf nicht auf Kosten der Qualität der gesundheitlichen Versorgung gehen, sondern zielt auf eine größere Effizienz und verbesserter Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung. Ein solchermaßen für die Zukunft gerüstetes Gesundheitswesen schafft und erhält viele qualifizierte Arbeitsplätze.

Viele Bereiche des menschlichen Lebens wirken auf die Gesundheit: die Wohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, soziale Isolation, aber auch Lärm, Umwelt und Luftverschmutzung beeinflussen die Gesundheit. Daher ist die SPD einer Politik der konsequenten Gesundheitsförderung verpflichtet. Maßnahmen in anderen Politikfeldern sind immer auch auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen zu überprüfen. Dieses Vorhaben wird auch durch den zügigen Beitritt des Landes Berlin in das „Gesunde-Städte-Netzwerk“ vorangetrieben.

Eine aktive Politik der Gesundheitsförderung ist nur möglich, wenn die gesundheitliche Lage der Bevölkerung, die gesundheitlichen Risiken, denen einige besonders ausgesetzt sind (Alleinerziehende, Migrantinnen und ihre Kinder etc.) bekannt sind.

.....

se des Quartiermanagements und anderer regionaler Aktivitäten als Teil der sozialen Stadtentwicklung schaffen. Wir wollen eine Stärkung der Selbsthilfekräfte. Wir fordern auf zu Selbstverantwortung und aktiver Teilhabe.

Wo die finanzielle Leistungsgrenze der öffentlichen Hand erreicht ist, müssen Brücken zwischen Wirtschaft, dem sozialen Bereich und der Kultur gebaut werden. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit wird es bedeutsam sein, in Berlin das Stiftungswesen auszubauen. Wir werden eine „Stiftung für ein soziales Berlin“ errichten, die gezielt Vorhaben unterstützen wird, die in der Tradition des „sozialen Berlins“ unsere Stadt fit macht für die gesellschaftliche Verantwortung in den nächsten Jahrzehnten.

Unsere Sozialpolitik baut auf den lokalen Strategien, Zielen und Maßnahmen, auf den Initiativen im Quartier und auf dem sozialen Miteinander im Kiez, seinem interkulturellen Milieu auf. Erfolgreiche Lösungen für soziale Probleme müssen vordringlich auf der Quartiersebene gefunden und praktiziert werden.

Es gibt aber auch Handlungsbedarf auf anderen Feldern und Ebenen der sozialen Politik. Wir wollen die sozialpolitische Verantwortung der Berliner Bezirke stärken. In ihrer Kompetenz liegt:

Förderung des ehrenamtlichen Engagements ihrer Bürgerinnen und Bürger und eine bessere Vernetzung dieser freiwilligen Arbeit mit den hauptberuflichen Strukturen. Die Sorge um den Ausbau und die Vernetzung der ambulanten Dienste im Bereich der Pflege und der Rehabilitation. Die Unterstützung der Wohnraumanpassung, damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Ein angemessener Ausbau der Angebote Kurzzeitpflege sowie Tages- und Nachtpflege wirkt sich entscheidend für die Möglichkeit des Verbleibs in der eigenen Wohnung und damit für die Durchsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ zugunsten pflegebedürftiger Menschen aus. Damit können pflegende Angehörige und nachbarschaftliche Hilfestrukturen entlastet bzw. gestützt werden. Daher werden wir in Zusammenarbeit mit den Erbringern pflegerischer Leistungen, den Pflegekassen und anderen Beteiligten für eine Umstrukturierung pflegerischer Angebote insbesondere in Richtung auf mehr Kurzzeitpflegeplätze sorgen und versuchen, Nachtpflegeangebote dauerhaft zu etablieren. Altersgerechte Angebote des „betreuten Wohnens“ werden gestärkt und landesweit ausgebaut. Wohnungslosigkeit wird konsequent verhindert. Das Angebot einer Wohnung hat Vorrang bei der Behebung von Obdachlosigkeit.

.....
Die Schuldnerberatung wird weiter gefördert. Dazu wird es auf Landesebene Bemühungen um die Einrichtung eines Schuldenregulierungsfonds unter Mithilfe der Landesbank Berlin und unter Beteiligung der Geldinstitute geben.

Der Grundsatz „Arbeit statt Sozialhilfe“ wird in enger Verzahnung von Wirtschaftsförderung, Arbeitsvermittlung und Sozialamt umgesetzt. Arbeit, Umschulung, Beschäftigung und Qualifizierung werden vor der Sozialhilfefzahlung angeboten. Lokale Beschäftigungsinitiativen und Beschäftigungsagenturen haben vielfältige Möglichkeiten und Aktionsfelder zur Integration von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch die aktive Suche nach zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten bei kleinen und mittleren Unternehmen und deren Beratung über die Fördermöglichkeiten, aber auch durch die Erschließung von zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsstellen.

Zur Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen wird allenthalben die Arbeit leistungsstarker und kompetenter Bürgerbüros sowie speziell eine wirkungsvolle technische Ausstattung der Sozialämter beitragen.

Angesichts der wachsenden Armut im sich vermehrenden Wohlstand wird in der nächsten Legislaturperiode ein Armuts- und Reichtumsbericht für Berlin zur Fundierung sozialpolitischer Programme erstellt.

Eine moderne Gesellschaft braucht einen funktionsfähigen Sozialstaat. Nur wer sicheren Boden unter den Füßen hat, ist bereit, Veränderungen zu wagen und Risiken einzugehen. Nur eine Gesellschaft mit langfristig verlässlichen Sicherungssystemen läßt Risiken kalkulierbar werden und schafft Raum für Innovationen.

Für ein kinder- und familiengerechtes Berlin

Die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer Stadt, sie bedürfen der Förderung in Familien, durch Kindertagesstätten, in der Jugendarbeit und durch Hilfen zur Erziehung. Eine durch Modernisierung und Innovation geprägte Stadtentwicklung erfordert eine wirksame Jugendhilfe, die die persönliche und soziale Entwicklung junger Menschen fördert, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel sichert und Benachteiligungen entgegenwirkt. Die Möglichkeiten der Jugendhilfe für die Bildung junger Menschen müssen verstärkt entwickelt werden.

Wir wissen um den besonderen Stellenwert von Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen. Neben der Umsetzung des Rechts auf einen Kindergartenplatz wollen wir den Ausbau von Krippen- und Hortplätzen. Die Kostenbeteiligung wird so gestaltet,

.....
sicherstellt.

Vor allem in den Innenstadtbezirken muß der hohe Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunft in der Konzeption vieler Kindertagesstätten berücksichtigt werden. Das gemeinsame Erlernen der deutschen Sprache und das Kennenlernen anderer Kulturen bieten wichtige Grundlagen für die Kinder deutscher und nichtdeutscher Herkunft für einen toleranten Umgang miteinander und für einen guten Start in der Schule. Es ist allgemein anerkannt, daß das Erlernen einer Fremdsprache Kindern um so leichter fällt, je besser sie die eigene Muttersprache beherrschen. Dies sollte bei der Arbeit in den Kindertagesstätten durch gezieltes Einbeziehen anderer Sprachen bis hin zur zweisprachigen Erziehung berücksichtigt werden. Die positive Einstellung zur Zweisprachigkeit spielt eine große Rolle für das Gelingen der zweisprachigen Erziehung. Wir wollen erreichen, daß:

- in allen Kindertagesstätten Konzeptionen zur interkulturellen Erziehung der Kinder erarbeitet werden. Das Erlernen der deutschen Sprache muß intensiv unterstützt werden. Modelle der zweisprachigen Erziehung werden wir fördern;
- für zweisprachige Erziehung geeignete Erzieher/Erzieherinnen eingestellt werden;
- Erzieher/Erzieherinnen nichtdeutscher Muttersprache ihre Muttersprache gezielt im Tagesablauf der Kindertagesstätte einsetzen.

Wer sich einem Dialog stellt, um sein Verhalten zur kritischen Disposition zu stellen, braucht mehr Mut als jemand, der sich für dieses Verhalten einsperren läßt. Freiheitsentzug verlangt keine Reue und keine Rechtfertigung. Diese Auffassung ist schon lange Grundlage sozialdemokratischer Politik und wurde mit Erfolg in verschiedenen Hilfeformen umgesetzt. Die Angebote „Erzieherische Maßnahmen“ müssen nach dem Jugendgerichtsgesetz ausgebaut werden. So müssen Täter-Opfer Ausgleichsprojekte (z.B. sozialpädagogisch begleitete gemeinnützige Arbeit) oder Wohngruppen zur Vermeidung von Untersuchungshaft in größerem Umfang zur Verfügung stehen.

Um im Vorfeld Straftaten von Jugendlichen zu vermeiden, müssen gezielte präventive Angebote gemacht werden. Wir wollen versuchen, an sozialen Brennpunkten Jugendliche direkt zu erreichen und Erziehungshilfen anzubieten.

Antidiskriminierungspolitik

Die Berliner SPD setzt sich für ein Antidiskriminierungsgesetz ein, das die Benachteiligungen von Lesben und Schwulen in den Berliner Landesgesetzen beseitigt und hilft, die verfassungsmäßigen Rechte effektiver durchzusetzen. Wir unterstützen auch die

.....
Bundesregierung im Bundesrat, ein Gleichbehandlungsgesetz für Lesben und Schwule auf den Weg zu bringen.

Der Abbau von Vorurteilen und die Akzeptanz anderer Lebensweisen ist eine politische Aufgabe ersten Ranges. Wir wollen deshalb die Schwulen- und Lesbenberatung sowie den Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der zuständigen Senatsverwaltung erhalten. Auch in der außerschulischen Jugendarbeit sowie durch die schulische Bildung wollen wir allen Jugendlichen vermitteln, daß Heterosexualität, Homosexualität und Bisexualität gleichwertige Ausdrucksformen der Empfindung und Sexualität des Menschen sind.

Gerade homosexuelle Menschen sind oft Opfer von rechtsextremer Hetze und Gewalt. Deshalb werden wir die Opferhilfeeinrichtungen wie das Überfalltelefon bei „Mann-O-Meter“ und der Lesbenberatung weiterhin fördern.

Ausländische Lebenspartner/innen von Lesben und Schwulen, die nicht aus der EU kommen, sollen künftig ein gesichertes Aufenthaltsrecht erhalten. Dabei übernimmt der Lebenspartner/die Lebenspartnerin die Pflichten, wie sie vergleichbar bei Eheleuten zugrunde gelegt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Ausländerbehörde des Landes Berlin vorhandene Anweisungen der Innenverwaltung anwendet.

Die Berliner SPD wird lesbische und schwule Interessen bei der Förderung kultureller Projekte und Einrichtungen berücksichtigen. Lesbische und schwule Interessenvertretungen müssen anderen gesellschaftlichen Gruppen im Landesrundfunkgesetz gleichgestellt werden und entsprechende Mitsprachemöglichkeiten in den einzelnen Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Medien erhalten. Die in Berlin bestehenden Filmfestivals, Archive und Museen lesbisch/schwuler Kultur sind für uns daher ein wichtiger und positiver Bestandteil der Berliner Kulturszene.

Innere Sicherheit und Justiz

Die SPD erstrebt ein Gemeinwesen, in dem jeder Bürger sich frei entfalten kann. Dazu brauchen alle, besonders aber die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft, einen starken, leistungsfähigen und sozialen Staat. Er schützt ihre Freiheit und sorgt für Gerechtigkeit. Diejenigen, die der Hilfe bedürfen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen, unterstützt er. Die SPD ist deshalb auch die Partei der inneren Sicherheit und einer bürgernahen Verwaltung.

Wir wollen eine leistungsfähige Polizei und eine effiziente Justiz. Nur eine starke

.....

Exekutive kann den Bürger schützen und den Staat vor einer Kriminalität bewahren, die ihn seiner Möglichkeit beraubt, seinen sozialen Aufgaben nachzukommen. Wir arbeiten an einer Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten hilft.

Grundsätze der Kriminalitätsbekämpfung

Kriminalität nachdrücklicher, vor allem aber gezielter und effizienter zu bekämpfen ist das Ziel der fortschrittlichen und sozial orientierten Kräfte einer Gesellschaft. Opfer sind vor allem die sozial Schwachen, die ihr kaum ausweichen können. Opfer der Kriminalität auf Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln sind insbesondere Jugendliche und ältere Menschen. Sie führt nicht selten zu Vereinsamung und Isolation und mindert die Lebensqualität.

Angriffsziel der organisierten Kriminalität ist der Staat, denn sie beraubt ihn der Mittel, seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn allein durch die organisierte Schwarzarbeit zwei- oder dreistellige Milliardensummen an Steuern- und Sozialleistungen entzogen werden, wird deutlich, daß diese Kriminalität mit allen rechtsstaatlichen verfügbaren Mitteln bekämpft werden muß. Die SPD ist daher Garant für die konsequente Verfolgung gesellschaftsschädigender Kriminalität. Nachsichtigkeit gegenüber denen, die den Staat ausrauben und hilflosen Menschen das Leben erschweren, wird es mit der SPD nicht geben.

Die SPD bekämpft die Ursachen der Kriminalität. Es geht ihr nicht um Rache, sondern darum, Menschen vor Kriminalität zu schützen. Der beste Schutz vor Kriminalität sind intakte gesellschaftliche Strukturen. Die Bekämpfung der Kriminalität kann deshalb nicht allein der Polizei und Justiz überlassen werden. Vielmehr müssen alle staatlichen Institutionen sozialschädlichem Verhalten entgegenreten.

Unter dem Vorwand, die Kriminalität zu bekämpfen, darf die Freiheit des Bürgers nicht eingeschränkt werden. Wer sich nicht strafbar macht, muß in seiner Privatsphäre geschützt werden. Datenschutz und Wahrung der bürgerlichen Freiheit und Freiheitsrechte sind aus diesem Grunde bei der SPD gut aufgehoben.

Jede Freiheit endet dort, wo angestrebt wird, anderen Menschen die Freiheit zu nehmen. In diesem Sinne ist auch politische Intoleranz, die sich krimineller Methoden bedient und der auch rechtsradikale, ausländerfeindliche Gewalttäter zuzurechnen sind, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

.....

Die Gewalt auf den Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu bekämpfen fordern alle Parteien. Auch die gegen diese Kriminalität angebotenen Mittel mehr "Grün auf die Straße" ist allen Parteien gemeinsam. Häufig ist dieses Ziel aber nur eine Leerformel und täuscht die Bevölkerung.

Für Sozialdemokraten bedeutet die Formel "Mehr Grün auf die Straße" zweierlei:

- Die Polizei muß von unnötiger Verwaltungsarbeit befreit werden.
- Notwendige verwaltende Tätigkeit muß von dafür ausgebildeten Angestellten und Beamten ausgeübt werden.

Aufgaben, die andere Behörden zu erledigen haben, sollen nicht mehr - wie bisher - von der Polizei ausgeführt werden. Allerdings muß die Polizei aber auch intelligente Strategien verfolgen und Personal und Technik sinnvoll einsetzen. Je besser sich die Polizisten in der Stadt auskennen, desto besser werden sie Verbrechen verhindern können.

Die SPD hat hierfür inhaltliche und organisatorische Voraussetzungen im Rahmen des "Berliner Modells" geschaffen. Das Ziel dieser Reform, durch Bürgernähe und verstärkte Präsenz die subjektive und objektive Sicherheit der Bevölkerung zu stärken, kann erreicht werden. Anfangsschwierigkeiten im technischen und organisatorischen Bereich wurden überwunden. Erkannte Mängel müssen beseitigt werden, viel Engagement und Lernbereitschaft sind erforderlich. Und dennoch wird es Jahre dauern, bis dieses Reformprojekt abgeschlossen ist. Die SPD wird dafür sorgen, daß die gesamte Polizeiführung diesem Konzept mit Nachdrücklichkeit und langem Atem folgt.

Die organisierte Kriminalität und die Verbrechen zum Nachteil des Staates und seiner sozialen Institutionen haben ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Beispiele aus dem Ausland zeigen, daß durch diese Kriminalität ein demokratisches Staatswesen jede Glaubwürdigkeit verlieren kann. Die Fähigkeit, seinen sozialen Funktionen nachzukommen, hat unser Staat schon eingeübt, wenn er Leistungen an wirklich Bedürftige einspart und bei der Förderung der Jugend, dem Bildungswesen und anderen sozialen Bereichen wichtige Aufgaben vernachlässigt. Die Bekämpfung dieser Kriminalität ist also kein "Luxus", sondern ein Kampf um die Identität des sozialen Rechtsstaats.

Als wohlhabendes Land und durch seine geographische Lage ist die Bundesrepublik Deutschland durch die internationale Kriminalität besonders gefährdet. Aus diesem Grunde war und ist die SPD bereit, auch empfindliche, aber gezielte Kontrollen zur Ermittlung solcher Straftäter hinzunehmen. Insbesondere im Bereich finanzieller

.....

Transaktionen muß es diesen Kriminellen unmöglich gemacht werden, sich auf einen Schutz der Privatsphäre zu berufen. Hierzu wird eine Reform des Geldwäschegesetzes einen wichtigen Beitrag leisten.

Um den internationalen Frauenhandel und die Zwangsprostitution wirksam zu bekämpfen, ist das Aufenthaltsrecht für die betroffenen ausländischen Frauen zu verbessern.

Die SPD wird es nicht hinnehmen, daß Ausländer Konflikte aus ihren Herkunftsländern in Berlin militant austragen. Die Mittel des Ausländerrechts sowie die der Strafverfolgung müssen gegen diese Täter ausgeschöpft werden.

Die von Rechtsradikalen ausgehende Gefahr wird von der CDU unterschätzt und verharmlost. Die SPD wird auch gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit hart vorgehen.

Polizeireform vorantreiben

Die Berliner Politik findet sich mehr und mehr damit ab, daß immer größere Bereiche ihrer Sicherheitsaufgaben privatisiert werden. Die SPD wird den Privatisierungstendenzen Einhalt gebieten. Es darf nicht sein, daß sich nur noch Reiche sicher fühlen dürfen. Die Reform der Berliner Polizei wird weiter vorangetrieben:

Die Polizei wird sich auf ihre zentralen Aufgaben, die Gefahrenvorsorge und die Gefahrenabwehr und die Verfolgung von Straftaten, beschränken müssen. Ordnungsaufgaben sollen die Behörden leisten, die dafür nach dem Gesetz zuständig sind. Dies erfordert eine enge Kooperation zwischen Polizei und Ordnungsbehörden. Den Freiwilligen Polizeidienst (FPD) werden wir wieder abschaffen.

Die bereits arbeitenden Sicherheitsbeiräte haben bewiesen, daß die Zusammenarbeit von Bürgern, Behörden, Justiz und Polizei die Prävention optimieren kann. Wo die Polizei diese Ressourcen für ihre eigene Arbeit noch nicht nutzt, wird die Politik initiativ werden müssen.

Die Prinzipien der Verwaltungsreform gelten auch für die Polizei. Eine Vielzahl von Aufgaben sind durch die Direktionen und Abschnitte in eigener Verantwortung zu bewältigen. Nur die Aufgaben, die sich ihrer Natur nach dezentraler Lösung entziehen, sollen zentral wahrgenommen werden. Die Eigenverantwortlichkeit der Beamten muß erheblich erweitert und gestärkt werden.

.....

Der Beruf des Polizisten muß wieder attraktiv werden. Diesem Ziel dient die Einführung der sogenannten zweigeteilten Laufbahn, die ungeachtet finanzieller Schwierigkeiten fortgeführt wird. Dies bedeutet, daß nach einer Übergangszeit jeder Polizist eine Fachhochschul- oder gleichwertige Ausbildung durchlaufen hat. Das bringt neben besserer Bezahlung und höherer sozialer Achtung insbesondere auch höhere Anforderungen an die Art und Weise, wie Polizisten ihre Aufgaben zukünftig bewältigen sollen.

Die Justiz stärken

Die Rechtspflege dient dem inneren Frieden. Sie gewährleistet, daß Konflikte in unserer Gesellschaft in geordneten und rechtsstaatlichen Bahnen entschieden werden. Jedoch muß die Justiz ihre Entscheidungen schnell und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich treffen, um auch von den Betroffenen akzeptiert zu werden.

Voraussetzung hierfür ist, daß der Rechtsstaat und seine verfassungsmäßigen Grundsätze im Bewußtsein der Bevölkerung verankert sind. Dies zu fördern, ist Aufgabe der Justiz und der Politik.

Wir haben dafür gesorgt, daß das beschleunigte Verfahren als eine besonders nachdrückliche Reaktion auf leichtere Kriminalität zu einem festen Bestandteil staatsanwaltlicher Arbeit gemacht wird. Mit der Polizei wurden die notwendigen Vereinbarungen getroffen, die Täter sofort dem Bereitschaftsgericht am Tempelhofer Damm vorzuführen. Staats- und Anwälte stehen bereit, um die Direktionen zu beraten und die notwendigen Schritte gegenüber dem Bereitschaftsgericht zur Aburteilung vorgeführter Täter einzuleiten. In der neuen Wahlperiode muß dieses Modell weiter ausgebaut werden, insbesondere ist bei allen leichteren Straftaten unabhängig von einer Zugehörigkeit zu bestimmten Kategorien wie Zollvergehen, Ladendiebstahl, leichte Körperverletzung die Vorführung des auf frischer Tat ertappten Täters durch die Polizei zu prüfen.

Die SPD wird nicht die Zahl der beschleunigten Verfahren zum Gradmesser einer effektiven Strafverfolgung machen. Von größerer Bedeutung ist, daß die Verfahren, die sich nach den gesetzlichen Voraussetzungen nicht für ein beschleunigtes Verfahren eignen, schnell und effizient durchgeführt werden. Dafür bedarf es allerdings der notwendigen personellen und technischen Ausstattung der Staats- und Anwaltschaft sowie der Gerichte.

Rechtsgewährung ist Dienst an Bürgerinnen und Bürgern. Die Justiz ist eine Service-Einrichtung für die Menschen in unserer Stadt. Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen diesen Anspruch ernst. Die Unübersichtlichkeit des Rechts und die lange Dauer vieler Gerichtsverfahren sind mehr als nur ein Ärgernis. Perfektionismus in der rechtlichen Ausgestaltung schlägt häufig schon in Rechtsverweigerung um. Wir begrüßen deshalb die angekündigte umfassende Justizreform durch die Bundesjustizministerin und werden sie dabei tatkräftig unterstützen.

Wir unterstützen Bestrebungen, ein dem Gerichtsprozeß vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren vermehrt einzuführen und halten ein verbessertes Angebot in den Rechtsantragsstellen der Gerichte für wichtig. Auch die Schlichtung durch Schiedspersonen kann die Gerichte entlasten und zu mehr Rechtsverständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern beitragen.

Die Kultur- und Medienstadt Berlin

Kommunikation wird zum Schlüsselbegriff in allen Lebensbereichen. Täglich sehen und hören wir, wie schnell Informationen vermittelt und empfangen werden. Die alte Vision, daß der Empfänger von Informationen selber zum Sender werden kann, die Bertolt Brecht einst als den wirklich freien und demokratischen Rundfunk bezeichnete, beginnt in Erfüllung zu gehen.

Für Berlin ist das Chance und Herausforderung zugleich. Kulturelle und wirtschaftliche Aspekte in der Medien- und Kulturpolitik mit ihren völlig unterschiedlichen Wertschöpfungen greifen ineinander. Wir Sozialdemokraten wollen eine demokratische Kommunikationskultur fördern und einer prosperierenden Wirtschaft den Weg bereiten. Wir wollen in der Berliner Medien- und Kulturpolitik vernünftige Rahmenbedingungen schaffen und damit einen wichtigen Beitrag für das Selbstverständnis und die Ausstrahlung der deutschen Hauptstadt im Zentrum Europas in einer global vernetzten Welt leisten.

Die Kulturstadt

Die unverwechselbare kulturelle Infrastruktur macht Berlin zu einem weltweit wirkenden Magneten und sorgt für die hohe Identifikation der Stadt mit ihren kulturellen Einrichtungen. Die Stadt muß sich ihrer neuen Bedeutung als Hauptstadt Deutschlands



und europäische Metropole bewußt werden. Zur Kultur gehört auch das Bewußtsein, daß Menschen keine Zukunft haben, die ihre Geschichte vergessen. Jede Generation muß Brücken in die Vergangenheit schlagen und Formen der Erinnerung finden.

Die kulturelle Infrastruktur Berlins ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für die Stadt. Sie spielt für den Fremdenverkehr und Standortentscheidungen der Wirtschaft eine maßgebliche Rolle. Wir wissen darum und werden dieses unvergleichliche Potential der Stadt pflegen und neue kulturelle Entwicklungen begleiten und fördern. Ohne neue Partnerschaften und Privatinitiativen läuft jedoch die Kultur einer Stadt immer Gefahr, an Ausstrahlung und Wirkkraft zu verlieren. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, daß kulturelle Angebote jedem Menschen zugänglich sind. Kultur soll attraktiv und wertvoll sein, darf aber nicht zum Luxus werden.

Den Bund als Partner gewinnen

Mit dem Umzug von Bundesregierung und Bundestag hat deren finanzielles Engagement für die Berliner Kultur zugenommen. Die im alten Hauptstadtvertrag vorgesehene Summe von 60 Millionen DM ist von der rot-grünen Bundesregierung 1999 verdoppelt worden. Wir begrüßen das als Zeichen für eine faire Beurteilung der Aufgaben, die Berlin und der Bund hier in der Zukunft gemeinsam wahrzunehmen haben.

.....

Wir wollen den Bund als Partner für die Kulturförderung in Berlin gewinnen und seine speziellen Interessen dabei berücksichtigen. Nur in einer solch produktiven Kooperation sehen wir Chancen für die lebendige Kulturstadt Berlin.

Die großen kulturellen Institutionen fördern

Wir bekennen uns zu den großen kulturellen Institutionen Berlins. Die Kreativität, Vielfalt und Originalität der kulturellen Produktionen an den Theater-, Opern- und Musikhäusern müssen Aushängeschild für die Stadt bleiben. Sie prägen die Lebensqualität Berlins.

Wir stehen zu einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Häuser aus öffentlichen Mitteln und wollen eine gerechte und an Qualitätsmaßstäben orientierte Theater-, Opern- und Musikfinanzierung fortführen. Ergänzt durch erzielte Einnahmen müssen öffentliche Subventionen das Kernstück in den Budgets bleiben. Diesem Grundsatz muß die eigene effiziente und wirtschaftliche Personal- und Finanzwirtschaft der Häuser entsprechen. Ohne das Prinzip der Staatsferne und die künstlerische Freiheit anzutasten, werden wir dafür sorgen, daß die kulturellen Institutionen und die Politik sich enger abstimmen, um das jeweilige Profil der Häuser zu sichern.

Berlin braucht im Rahmen seiner repräsentativen Theater einen Platz zur Pflege der internationalen Operette, ein Genre, das zum europäischen Kulturkreis und insbesondere nach Berlin gehört.

Unser besonderer Augenmerk gilt den Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Nur dort ist das kulturelle Gedächtnis bewahrt und von ihnen gehen wichtige Impulse für die zeitgenössische Kunst in Berlin aus. Zur Berliner Kulturlandschaft gehören nicht nur die Institutionen, die das Land finanziert. Auch die vielen Einrichtungen, die sich völlig frei finanzieren und am Markt bewähren, haben unsere volle Unterstützung.

Wir werden für eine Programmreform der Berliner Festspiele GmbH eintreten. Die Festwochen im Herbst sind im Jahresangebot kultureller Veranstaltungen neu zu positionieren. Wir begrüßen Vorschläge, das Schiller-Theater als Festspielhaus des Programmes der Festspiele GmbH zu nutzen.. Den Stellenwert der Berlinale und des Theatertreffens wollen wir bewahren und ihn im kritischen Dialog behaupten.

Das Jazzfest wollen wir finanziell besser ausstatten, um seine internationale Profilie-

.....
rung voran zu bringen.

Die Bildende Kunst hat einen neuen Stellenwert in der Kulturstadt Berlin verdient. Wir werden die dafür notwendigen Rahmenbedingungen verbessern. Für die Stadt wichtige Initiativen wie die Kunstmesse und die Berlin-Bienale werden wir unterstützen. Die Ausstellungsressourcen der Stadt sind zu bündeln und effizient zu nutzen, um international wichtige Ausstellungen, insbesondere zeitgenössischer Künstler auch kurzfristig in die Stadt zu holen. Darüber hinaus wollen wir impulsgebende Bildende Künstler stärker an die Stadt binden und dafür auch die Voraussetzungen schaffen.

Berlin ist eine facettenreiche Musikstadt. Wir wollen diesen Reichtum pflegen und entwickeln. Vorrangige Maßstäbe für eine finanzielle Förderung sollen die Qualität und die Bedeutung des jeweiligen Repertoires sein. Wir schätzen die Vielfalt der Orchester und Chöre in Berlin. Wir werden uns für eine gerechte und nach vergleichbaren Maßstäben geordnete Finanzierung einsetzen. Dabei soll das Konzertleben in, aber auch außerhalb Berlins und die Aufführung in den Opernhäusern vorrangig gewürdigt werden.

Ohne Nachwuchsförderung hat Berlin als Kulturstadt keine Zukunft. Wir werden

deshalb alle Hoch-, Fach- und Spezialschulen, die für die Kultureinrichtungen aller Art ausbilden, engagiert unterstützen und uns für Strukturreformen an Hochschulen einsetzen, die den digitalen Medien einen höheren Stellenwert einräumen. Wir halten praxisnahe Aufbaustudien an den Hoch- und Fachschulen sowie nichtakademische Qualifizierungsmöglichkeiten für sinnvoll.

Kunst kann nicht nur an Wirtschaftlichkeits- und Popularitätskriterien gemessen werden. Gerade die innovative Kunst der zeitgenössischen Musik, der Literatur, des Theaters, des Tanzes und multimedialer Performances verdienen Aufmerksamkeit und haben Anspruch auf eine freie, kreative Entfaltung. Den Freien Gruppen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen neuen, experimentellen Ansätzen Raum geben und sehen in ihnen eine der Leitideen der offenen Kulturstadt Berlin.

Kinder- und Jugendkultur aufwerten

Die Kinder- und Jugendkultur Berlins ist eine bislang unterschätzte Investition in den Berliner Generationenvertrag. Durch künstlerische Prozesse wird bei Kindern und Jugendlichen Selbstbewußtsein, Kreativität und Aufmerksamkeit geweckt, auf die die Kulturstadt Berlin in den nächsten Jahrzehnten angewiesen sein wird. Wir wollen

.....

deshalb Kindern und Jugendlichen als der nächsten Berliner Generation und dem Publikum von morgen eine breite Teilhabe an den kulturellen Angeboten ermöglichen. Hier stehen die großen Institutionen ebenso in der Pflicht wie zielgruppenspezifische Angebote. Der JugendKulturService wird ausreichend und angemessen ausgestattet werden.

Die Zusammenarbeit der für Kultur, Schule und Jugend zuständigen Senatsverwaltungen wird intensiviert, um die Angebote für Kinder und Jugendliche auszubauen.

An dezentraler Kulturarbeit festhalten

Wir werden an unserem Engagement für die dezentrale Kulturarbeit festhalten. Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, die politische und kulturelle Bildung, aber auch Teile der Off-Kultur sowie die Aktivitäten der Kultur- und Kunstämter schaffen ein kulturelles Netzwerk, das an den Alltagsinteressen der Menschen anknüpft. Die Wohnortnähe baut Berührungsängste ab und leistet einen wichtigen Beitrag für den interkulturellen Austausch und die Integration. Auch hier wollen wir im Interesse einer kontinuierlichen und nachhaltigen Arbeit Qualitätskriterien zum Maßstab der Finanzierung machen. Dabei werden wir die ethnischen, geschlechtsspezifischen und durch Behinderungen bestimmten Interessenlagen berücksichtigen.

Die SPD setzt sich dafür ein, daß gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die den Bezirken ein planungssicheres kulturpolitisches Handeln ermöglichen. Damit wird für Menschen unterschiedlicher Generationen, Interessen und Herkunft Kultur anregend und erlebbar.

SPD-Kulturpolitik für die Bezirke setzt folgende Schwerpunkte:

- Ein vielfältiges Kulturangebot für alle Bürgerinnen und Bürger durch das Zusammenwirken von kommunalen Einrichtungen, freien Trägern und privaten Kulturanbietern.
- Die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Gruppen, denen der Zugang zur Kultur erschwert ist.
- Erhaltung und Schaffung von Einrichtungen der Stadtteil-Kultur als Orte der Begegnung, der Beratung und künstlerischen Kreativität.
- Die Förderung der ortsansässigen Künstler/innen, freier Kulturträger und des künstlerischen Nachwuchses.
- Der Erhalt eines bürgernahen und flächendeckenden Angebots von Bibliotheken und Volkshochschulen sowie der Musik- und Jugendkunstschulen als Stätten der

.....

Aus- und Weiterbildung von Kreativität und Toleranz.

Die Medienstadt

Der Medienstandort Berlin muß gemeinsam mit dem Land Brandenburg weiterentwickelt, politisch moderiert und gegenüber anderen Regionen konkurrenzfähig gemacht werden. Etwa 70 000 Arbeitsplätze - mit steigender Tendenz - sind schon heute in dieser Wachstumsbranche zu verzeichnen. Neben der medienwirtschaftlich orientierten Standortpolitik sind für uns die kulturellen Werte, die eine erfolgreiche Medienwirtschaft hervorbringt, Maßstab und Kriterium unserer Politik.

Wir werden uns stärker in die bundesweite Medienpolitik einmischen und Einfluß auf die Rundfunkfinanzierung und die Zukunft der Landesmedienanstalten nehmen.

Wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Medienpolitik ist deren allgemeine politische Wertschätzung und Einordnung. Die gesamte Medien-Branche muß auf eine kompetente, dienstleistungsorientierte Politik und konzentrierte Verwaltung setzen können, die Ansiedlungen möglich macht, vernünftige Rahmenbedingungen schafft und stets schnell und unkompliziert ansprechbar ist. Wir brauchen deshalb eine Bündelung aller Zuständigkeiten von Medien-Ordnungspolitik, Medien-Kulturpolitik und Medien-Wirtschaftspolitik in einer Hand mit maßgeblichem politischen Einfluß auf die Regierungsarbeit.

Die schon in der Region vorhandene Medieninfrastruktur ist für die Entwicklung weiterer Mediendiensteleistungen hervorragend geeignet. Sie muß jedoch besser erschlossen und partiell ergänzt werden.

Wir halten an dem Vorhaben fest, die Deutsche Mediathek in Berlin anzusiedeln. Dabei lassen wir uns von der konzeptionellen Idee leiten, die Archive für ein breites Publikum zugänglich zu machen.

Ein enormes Potential ist das Berliner Kabelnetz der Deutschen Telekom. Wir werden uns für eine breitere Verfügbarkeit des Kabelnetzes einsetzen, um die Medienbranche zu beleben und neue Märkte zu erschließen. Darüber hinaus wollen wir mit der gesamten Palette wirtschaftlicher Förderungsinstrumente die Auslastung des Produktionsstandortes Berlin-Brandenburg sicherstellen.

Den öffentlichen Rundfunk stärken

Dem immer stärker werdenden Angebot des privaten Rundfunks soll ein breites und

.....

vielfältiges öffentlich-rechtliches Angebot gegenüberstehen. Deshalb muß Berlin weiterhin für die Fortsetzung des ARD-Finanzausgleichs kämpfen und notfalls auch verfassungsgerichtlich geltend machen. Darüber hinaus muß die Fusion von ORB und SFB erfolgen, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Region für die Zukunft gesichert bleibt.

Eine solche Fusion darf jedoch nicht primär unter Einspargesichtspunkten betrieben werden. Sie muß vielmehr die Programmvielfalt wahren und für die satellitengestützte bundesweite Ausstrahlung eines Dritten Programmes aus der Region sorgen. Um einen nachhaltigen Beitrag von ORB und SFB als Faktor gesellschaftlicher Integration und kultureller Vielfalt leisten zu können, werden wir uns für ein gemeinsames Berlin-Brandenburgisches Rundfunkgesetz einsetzen, das z.B. bei der Besetzung des Rundfunkrats die tatsächlichen regionalen und gesellschaftlichen Strukturen zugrunde legt.

Mit DeutschlandRadio, Deutscher Welle und ARTE sind weitere überregionale öffentlich-rechtliche Angebote in Berlin präsent, die es in die Strukturüberlegungen einzubeziehen gilt. Wir wollen den Grundsatz verfolgen, daß sich öffentlich-rechtliche Programme nicht als Konkurrenten, sondern als Partner komplementärer Angebote verstehen.

Filmförderung und Filmtheater stärken

Wir wollen Berlin als Stadt der vielen Filmtheater erhalten. Die neu entstandenen Multiplex-Kinos stellen eine harte Konkurrenz für die Betreiber von kleinen Filmtheatern dar. Hier werden wir bezirksübergreifende und regionale Planungen initiieren, um die vielfältige Filmtheaterlandschaft und damit die programmliche Angebotsvielfalt zu stärken. Wir werden uns im Rahmen der Stadtplanung für ein produktives Umfeld dieser Filmtheater einsetzen und durch gezielte Fördermaßnahmen die traditionelle Berliner Filmtheaterkultur sichern. Unsere besondere Unterstützung werden die Filmtheater finden, die in der Nachmittagsbespielung auf Kinder- und Familienfilme setzen.

Wir wollen die Filmförderung in der Region weiter stärken. Die Länder Berlin und Brandenburg müssen gemeinsam den Filmboard Berlin-Brandenburg finanziell so ausstatten, daß sich die Region und Berlin als Dreh- und Produktionsstandort weiter entwickeln können. Die Kooperationen mit den Filmförderungen anderer Bundesländer und der in Berlin ansässigen Filmförderungsanstalt müssen intensiviert werden.

.....

Junge Multimediaunternehmen fördern und stärken

In Berlin fehlt eine kompetente politische Ansprechstelle für junge Unternehmen. Das werden wir ändern. Wir werden die Existenzgründungen von jungen Mediaunternehmen unterstützen und die Entwicklung von Inhalten fördern. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Dienste sind so auszugestalten, daß junge und kleine Unternehmen ihre Chancen bei der Erschließung der Märkte bekommen und nicht nur große Unternehmen partizipieren. Wir wollen uns besonders um Kreativunternehmen kümmern, die Ideen kommunizieren und managen wollen.

Die Qualifizierung der Beschäftigten ist einer der Schlüsselfaktoren für die Stärkung des Medienstandortes. Sie hat einen unmittelbaren Bezug zur Ansiedlung von Medienunternehmen. Wir wollen deshalb die Ausbildungsinstitutionen der Region, die direkte oder indirekte Verbindungen zur Medienbranche haben, zügig modernisieren und an den praktischen Erfordernissen ausrichten. Berlin und Brandenburg können durch neue, vorausblickende Kooperationen gemeinsam wichtige Synergien erzielen. Hochschulverbünde und lokale Zentrierungen können hier beispielgebend sein. Wir werden übergreifende Ausbildungsgänge und Angebote aus dem privaten Fortbildungsbereich, wie sie beispielsweise das Berliner Projekt „univers“ und das in Babelsberg ansässige Erich-Pommer-Institut anbieten, unterstützen. Besondere Anstrengungen wollen wir für die praxisnahe, nicht-akademische Aus- und Fortbildung unternehmen.



Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Telefon: 4692-0, **Verlag:** Kompaß Buch- und Zeitschriften GmbH, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Telefon: 4692 151, **Redaktion:** Frank Zimmermann, **Fotos:** Paul Glaser, Caro Fotoagentur, **Gestaltung:** Ulrich Horb, **Druck:** Druckerei Kistmacher, Berlin-Wedding. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

.....

Regionalbüros der SPD Berlin

<u>03 Wedding/02 Tiergarten</u>	Müllerstraße 163, 13353	469 21 30/31
Mo. - Mi. 10-12 und 14-17 Uhr, Fr. 9-15.30 Uhr		Fax: 469 21 36
<u>04 Prenzl. Berg/01 Mitte</u>	Behaimstr. 23, 13086	9620 9660
Mo. 15-18 Uhr, Mi. 10-12 und 15-18 Uhr		Fax: 9620 9661
<u>05 Fr'hain/ 17 Lichtenberg</u>	Weichselstraße 4, 10247	291 25 78
Mo. bis Fr. 10-18 Uhr		Fax: 291 25 78
<u>08 Spandau</u>	Kinkelstraße 2, 13597	333 71 65
Mo. Und Do. 14 - 16 Uhr und nach Vereinbarung		Fax: 333 98 67
<u>09 Wilmersd./07 Charl.</u>	Fehrbelliner Platz 4, 10707	873 23 78
Mo. + Do. 15-17 Uhr, Mi. + Fr. 10-12 Uhr		Fax: 873 45 74
<u>11 Schöneberg/06 Kreuzb.</u>	Feurigstraße 4, 10827 781 22 83	
Mi. bis Fr. 15-18 Uhr und nach Vereinb.		Fax: 782 06 41
<u>12 Steglitz/10 Zehlendorf</u>	Thaliaweg 15, 12249	7667 9854
Mo., Do. und Fr. 10-16 Uhr		Fax: 7667 98 56
<u>13 Tempelhof</u>	Tempelh. Damm 165, 12099	751 30 30
Mo. 14-17, Di. und Do. 10-12/14-16, Fr. 10-14 Uhr		Fax: 751 02 75
<u>14 Neukölln</u>	Karl-Marx-Straße 117, 12043	687 21 59
Mo. - Do. 14-18 Uhr		Fax: 686 80 82
<u>16 Köpenick/15 Treptow</u>	Kaulsdorfer Straße 295, 12555	657 24 54
Mo. - Fr. 9-16 Uhr		Fax: 6507 0050
<u>19 Pankow/Weißensee</u>	Behaimstr. 23, 13086	9620 9660
Mo. + Di. 15-18, Mi. 10-13, 15-18, Fr. 10-13 Uhr		Fax: 9620 9660
<u>20 Reinickendorf</u>	Waidmannsluster Damm 149, 13469,	411 70 36
Mo.,Di., Do., Fr. 14-18 Uhr		Fax: 414 67 27
<u>23 Hellersdorf/21 Marzahn</u>	Lichtenhainer Straße 23, 12627	9940 1015
Mo. 8-12/14-19, Di. + Mi. 9-12/14-16.30, Fr. 9-12 Uhr		Fax: 9940 1016
<u>Weitere Vor-Ort-Büros im SPD-Landesverband</u>		
<u>01/Mitte</u>	Liniestraße 119, 10115	280 81 53
Di. + Do. 15-18 Uhr		Fax: 280 81 54
<u>04/Prenzlauer Berg</u>	Lettesstr. 3, 10437	444 55 87
		Fax:444 55 76
<u>06/Kreuzberg</u>	Arndtstraße 7, 10965	693 25 48
Mo. + Fr. 15-17 Uhr, Di. + Do. 15-19 Uhr		Fax: 694.11 74
<u>07/Charlottenb.</u>	Schillerstraße 21, 10625	313 88 82
Mo. 10-16, Di. 13-17, Mi. 14-19 Uhr		Fax: 313 88 82
<u>10/Zehlendorf</u>	Gartenstraße 12, 14169	8129 9106
Mo. bis Fr. 10-17 Uhr		Fax: 8129 9107
<u>15/Treptow</u>	Greifstraße 3, 12487	631 07 75
Mo., Di., Do. + Fr. von 9-15 Uhr, Mi. 13-18 Uhr		Fax: 631 07 75
<u>21/ Marzahn</u>	Marzahner Prom. 22, 9379 8110	
Di. 8- 17, Fr. 8-13 Uhr	12679	Fax: 9379 8111
Das Büro bleibt wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten vorübergehend geschlossen !!		
<u>22/ Hohenschönhausen</u>	Falkenberger Ch. 23,	929 30 69
Mo. 9-13 Uhr, Do. 14-18 Uhr	13051	Fax: 929 30 69

Bibliothek der FES



1141379

Herausgeber:

SPD Berlin

Müllerstraße 163

13353 Berlin

Tel. 0 30/46 92-0

Fax 0 30/46 92-1 64

<http://www.spd-berlin.de>

e-Mail spd@SPD-Berlin.de